

# Granma

## INTERNACIONAL

HAVANNA  
JUNI 1995

Postvertriebsstück Y 9229  
Entgelt bezahlt

Jahrgang 30 Nummer 6  
DM 2.50; Preis in Kuba 0.50 USD



### Wirtschaft im Umbruch

• Der Minister für ausländische Investitionen und ein Vertreter des Arbeitsministeriums erläutern die neue ökonomische Strategie der Insel

SEITEN 7 UND 8

Die extreme Rechte  
in den USA kann das  
Migrationsabkommen  
nicht behindern

SEITE 4

Seltsames  
"EMBARGO"  
Fünf Jahre  
Haft für  
eine Angeltour  
nach Kuba

SEITE 13

Journalisten  
"vergolden"  
karibische  
Gastfreundschaft

SEITE 16

MARTÍ  
und der  
Marxismus

SEITE 5

Internationales  
Urteil gegen  
den US-Stützpunkt  
in Guantánamo

SEITE 6

La Habanera  
Die Wiedergeburt  
eines Genres

SEITE 12

# Granma INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND  
LATEINAMERIKA

Deutsche  
Ausgabe

Avenida General Suárez y  
Territorial, Plaza de la  
Revolución "José Martí",  
Apartado Postal 6200,  
La Habana 6, Cuba.  
C.P. 10699 Tele: 0511 355 / 0511 221  
-0511 221. e-mail  
granma@tinored.cu  
Fax: 53-7-33-8178 und 33-5629  
Tel: 81-6265 / 81-7443  
Zentrale: 81-3333  
App. 23 und 38

GENERALDIREKTOR  
Jacinto Granda de Laserna

CHEFREDAKTEUR  
Gabriel Molina Frandhosa

STELLVERTRETER  
Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF  
Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION  
Octavio Lavastida Martínez

PRODUKTIONSCHEF  
Ramón Robert Durán

TEAMCHEFS  
Layout  
Orlando Romero Fernández  
Tel. 81-8021

Deutsche Ausgabe  
Hans-Werner Fichert  
Tel. 81-8021

Englische Ausgabe  
Mercedes Guillot  
Tel. 81-8054

Französische Ausgabe  
Frédéric Woungly-Masaga  
Tel. 81-8134

Portugiesische Ausgabe  
Miguel Angel Alvarez  
Tel. 81-8054

Vertrieb und Abonnements  
Miguel Domínguez Hernández  
Tel. 81-8821

Druck  
Zellungsverlag Granma,  
Havanna, Cuba

NACHDRUCK

Argentinien

• LIBERARTE S.A.  
Corrientes N° 1555.  
CP. 1042

Buenos Aires, Argentina.  
Tel. 40 7098 y 88

Mexiko

• EDITORIAL PUEBLO NUEVO  
Avenida Río Magdalena  
N° 101 Casa 17, México, D.F.  
Tel. 550-0081

Brasilien

• COOPETATIVA DE TRABALHADORES EM  
Serviços Editoriais e Notícias Ltda.  
Rua Regente Feijó, 48 - 2º andar  
CEP 20.080-080 Rio de Janeiro  
Tel. (021) 242-3430 Fax (021) 242-1320

• EDITORIAL EDIGRAFF  
Rua Liberdade Barroso N° 1083  
Fortaleza, Ceará, Brasil.  
Tel. 221-1623

Bundesrepublik  
Deutschland

• TRIBÜNE DRUCK GMBH  
Am Treptower Park 28-30  
12435 Berlin

Kanada

• ANPO  
P.O. Box 91005  
Effort Square Postal Outlet  
Hamilton, Ontario, Canada L8N 2C3  
Tel./Fax: 905-527-0070

ISSN 0864-4624

KATIUSKA BLANCO  
- für Granma Internacional

VOR einigen Tagen zitierte der Geistliche Pablo Odem Marichal, Präsident des Kirchenrates Kubas, einen Bibelspruch: "Wer seinen Nächsten, den er sehen kann, nicht liebt, kann Gott, den er nicht sehen kann, nicht lieben." Die Worte kamen ihm im Geburtshaus von José Martí in den Sinn, während er der Direktorin des heutigen Museums zuhörte. Für sie ist ein Museum nicht nur ein Haus, das Fotografien, Erinnerungen und liebgewordene Gegenstände beherbergt. Wenn die Räume leer und von ständiger Stille umhüllt sind, ist es in Wirklichkeit so, als ob das Museum gar nicht existiert.

Das Haus, in dem der kubanische Schriftsteller, Dichter und Patriot José Martí zur Welt kam, ist immer noch voller Leben, trotz der Jahre, die seit 1853 vergangen sind. Heute werden dort Aktionen und Projekte für Kinder, Jugendliche und Bewohner des umliegenden Viertels durchgeführt. Dieser Teil Habana Viejas ist einer der ältesten und vielleicht der dichtbesiedeltesten der Hauptstadt. An diesem Ort begann der Rundgang mit Vertretern des Kirchenrates Kubas und religiösen Würdenträgern Havannas. Die Direktorin erläuterte, daß man hier versuche, Kinder zu motivieren, sich für die Geschichte des Landes und das Leben des Nationalhelden zu interessieren. Dies versuche man vor allem mit Spielen und künstlerischen Ausdrucksmitteln wie Tanz, Musik und Malerei zu erreichen. Jugendlichen wolle man das Denken und das Werk Martí näherbringen, ihnen den Wert ansprechender Konversation und die Bedeutung von Bildung vermitteln, indem man sich freitags mit ihnen zusammensetzt. Diese Gesprächsrunden lehnen sich an die monatlichen Versammlungen in New York an, in denen Martí unterrichtete. In diesem Sinne wirkt das Haus wie ein Licht. Es strahlt soziale Wärme aus. Es weckt die Sensibilität derer, die in seiner Nähe leben. Denn nicht nur Kinder und Jugendliche besuchen es, sondern auch ihre Eltern, die, nachdem sie einmal am Fenster gestanden hatten, um die Tochter, auf einer kleinen improvisierten Bank stehend, singen zu hören oder um den Sohn zu beobachten, der sich als Maler entpuppte, wovon in der Familie niemand etwas geahnt hatte, ihre Hemmungen überwinden und eintreten.

In Habana Vieja - auf einer Fläche von nur 4,5 km<sup>2</sup> - leben etwa 105.000 Einwohner in wirklich problematischen Wohnverhältnissen. Die Zeit hat die Wohnungen und das Wasserleitungsnetz in einen kritischen Zustand versetzt. Es ist aber auch ein Ort, an dem sich ein wunderbarer, historischer Schatz aus Traditionen, Bräuchen und religiösen Glaubensbekenntnissen verbirgt.

Der Rundgang, der als ein Treffen mit der Stadt gedacht war, wurde so von Anfang an zu einem Stelldichlein mit der kubanischen Geschichte.

Anschließend besuchten die Geistlichen den Wohnbezirk



## EIN FRUCHTBARER GEDANKENAUSTAUSCH

• Führende Mitglieder von Partei und Regierung trafen sich zu einem Rundgang mit Vertretern des Kirchenrates Kubas und religiösen Würdenträgern

Armada, wo im Rahmen des kostensparenden Bauens, mit dem bisher gute Erfahrungen gemacht wurden, Wohnraum erstellt wird. Damit kann das Wohnungsproblem zwar nicht gelöst, aber zumindest gelindert werden. Dem morgendlichen Rundgang folgte ein Gedankenaustausch mit Esteban Lazo, Mitglied des Politbüros und Erster Sekretär der Partei in Havanna.

"Ich sehe in Ihnen die Liebe zu dem, was ich verteidige". Mit diesen Worten richtete er sich an die Geistlichen und erläuterte die sozialen Probleme sowie Möglichkeiten, wie sich die Kirche wirksam an deren Lösung beteiligen könne.

Zu Beginn des Gesprächs, gab Conrado Martínez Corona, Präsident des Provinzparlamentes der *Poder Popular*, einen Überblick über die verschiedenen Probleme der Region und zeigte entsprechende Möglichkeiten auf, um diesen entgegenzutreten.

Für den Geistlichen Marichal ist die Auseinandersetzung mit den materiellen Schwierigkeiten der Bevölkerung gleichbedeutend mit der Fürsorge um das seelische Wohl. Er erkannte dabei wieviel die Revolution in diesem Sinne geleistet hat. Die Kirchenvertreter legten in den Gesprächen ihre unterschiedlichen Gesichtspunkte über die soziale Situation dar, und sprachen ihre Bereitschaft aus, mit Partei und Regierung zusammenzuarbeiten.

Der Geistliche Raúl Suárez meinte, man dürfe nicht ständig auf Aufrufe warten, sondern müsse aufmerksam sein und helfen, wann und wo es notwendig sei.

José Miller, der Vertreter der Hebräischen Gemeinde, sprach von der Achtung und Unterstützung, die 1.500 jüdischen Familien in Kuba entgegengebracht werden und dankte für die Möglichkeit, in einem

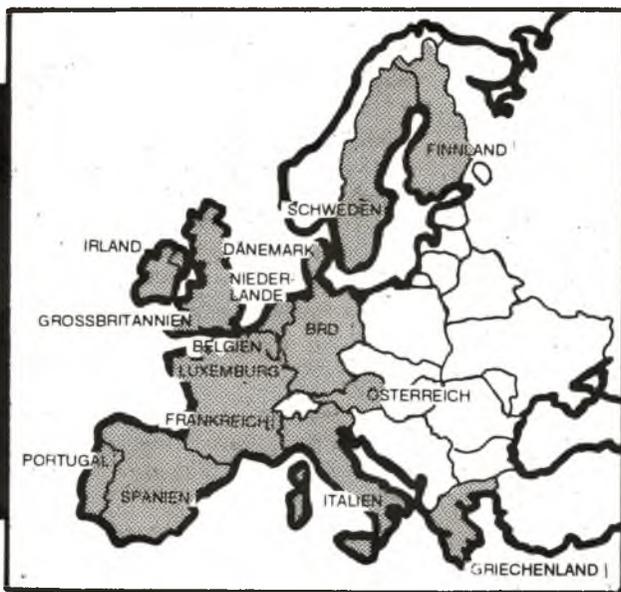
Land leben zu dürfen, in dem Rassen- und Fremdenhaß und alles, was dem Anstand und der Würde des Menschen entgegensteht, keinen Platz haben. Ebenfalls begrüßte er die Anstrengungen der Stadt, um ihre Probleme zu überwinden.

Der Pfarrer des Stadtbezirks Colón ist um die alten Menschen und Kinder besonders auf den Straßen von Centro Habana und La Habana Vieja besorgt.

Conrado Martínez Corona informierte in diesem Zusammenhang, daß ein Diagnostikzentrum eröffnet worden sei, in dem jeder Krankheitsfall unmittelbar behandelt werden könne. Die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung, die dank der Revolution erreicht worden sei, habe dazu geführt, daß es heute in der Hauptstadt schon mehr als 360.000 Personen im Alter von über 65 Jahren gibt. 23.103 alte Menschen leben allein. 7.551 nehmen soziale Leistungen in Anspruch, 2.248 werden in 308 Betriebskantinen verpflegt, 773 erhalten wirtschaftliche Unterstützung und 92 pflegt die Gemeinde. "Hier hat die Kirche ein breites Betätigungsfeld", schloß er.

"Ich freue mich, daß Sie sich alle der hier erwähnten Probleme bewußt sind", antwortete der Pfarrer nach dieser ausführlichen Erläuterung.

Für den Pfarrer Othoniel Bermúdez aus Los Pinos Nuevos war dies ein Familientreffen; für Esteban Lazo, eine großartige Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch, wie man gemeinsam die Errungenschaften der Revolution verteidigen könne, von denen gewiß die Liebe und die Solidarität der Menschen untereinander an vorderster Stelle stünden.



## Europäische Kommissarin bestätigt humanitäre Hilfe für 1996

- Emma Bonino ist mit der Verteilung der Hilfsgüter zufrieden

LEONARDO ANOCETO  
- Granma Internacional

• DIE Europäische Union wird ihre humanitäre Hilfe für Kuba, die an keinerlei Auflagen gebunden ist, auch in 1996 sowohl qualitativ als auch quantitativ aufrechterhalten (ungefähr 14 Mio. ECU, das entspricht etwa 17,9 Mio. Dollar), erklärte in Havanna die Italienerin Emma Bonino, Verantwortliche für

Fischerei und humanitäre Hilfe innerhalb der EU.

Die europäische Kommissarin bezweckte mit ihrem Besuch auf der Insel nachzuprüfen, ob und wie die in diesem Jahr gelieferten Nahrungsmittel, Medikamente und Rohstoffe zur Herstellung von Medikamenten und medizinischen Geräten verteilt wurden. Ebenfalls waren Gespräche mit hohen Vertretern der kubani-

schen Regierung geplant, u.a. auch mit Fidel Castro.

"Wir sind sehr zufrieden darüber, wie die 12 in Kuba tätigen regierungsunabhängigen Organisationen die Hilfsgüter innerhalb von sechs Monaten auf 696 Zentren im ganzen Land verteilt haben", meinte Bonino, die einige Institutionen wie Krankenhäuser, Sonderschulen, Kinderheime, Seniorenheime u. a. besuchte und sich davon vergewissern konnte, daß hier, im Unterschied zu anderen Ländern, in denen ein großer Teil der Spenden verschwinde, mindestens 99 Prozent der Sendungen an ihr Ziel gelangt seien.

"Ich war stark beeindruckt, wie schnell die Rohstoffe verarbeitet worden sind. Ich habe gesehen, wie man in einigen Fällen sogar die Verpackungen verwertet hat", fügte sie hinzu.

Auf einem Empfang, den der französische Botschafter in Havanna, Jean Raphael Dufour, gab, an dem auch die Vertreter der Mitgliedsstaaten der EU anwesend waren, unterhielt sich Frau Bonino ganze drei Stunden, ihren Worten nach "in einer sehr direkten Art", mit dem kubanischen Präsidenten Fidel Castro und dem Vizepräsidenten Carlos Lage über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Reformen in Kuba.

Obwohl die Europäische Kommission für Humanitäre Hilfe im April 1994 ein Büro auf der Insel eröffnete, um Hilfsprogramme und Zusammenarbeit zu koordinieren, ist Kuba das einzige Land Lateinamerikas, das kein Entwicklungsabkommen mit der Europäischen Union aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten unterzeichnet hat. Nichtsdestotrotz sind zwischen Havanna und verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU, z.B. Frankreich und Großbritannien wirtschaftliche Vereinbarungen auf

höchster Ebene abgeschlossen worden.

"Das muß vom Ministerrat der Union geprüft werden", sagte die europäische Kommissarin, die sich gleichzeitig sehr zufrieden über die sich zur Zeit vollziehende Annäherung aussprach, "das ist das Wichtigste".

Emma Bonino traf sich auch mit dem Minister für ausländische Investition und Zusammenarbeit, Ernesto Meléndez, sowie mit dem Minister für Fischerei, Jorge Fernández Cuervo und seinem Stellvertreter, Jesús Beniamín. Durch diese erfuhr sie in welchem Maße die Fischerei zur Ernährung des kubanischen Volkes beiträgt und welche Bedeutung ihr für den Export zukommt.

Die Kommissarin bat unser Land, das Mitglied in der Organisation für Fischfang im Nordatlantik (NAFO) ist, das vereinbarte Abkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada über die Kontrolle und Fangquotenregelung des Schwarzen Steinbutts zu unterstützen. "Wenn das Abkommen das Ziel verfolgt, die Bestände zu schützen, und die Fangquoten zu verbessern, dann werden wir es unterstützen. Wir wollen nur noch die Meinung der anderen Mitglieder der NAFO während der Versammlung im kommenden Juni abwarten." erklärte Beniamín.

Kuba ist das dritte Land, das die Kommissarin besucht, um an Ort und Stelle nachzuprüfen, wie die Hilfsgüter verteilt wurden. Vorher war sie in Jugoslawien und Burundi. Anschließend wird sie Haiti besuchen. Vor ihrer Abreise drückte Emma Bonino ihre Hoffnung darüber aus, daß "sich die wirtschaftliche Lage Kubas bald verbessern wird, damit die humanitäre Hilfe, die heute in dieses Land kommt, an andere Länder der Welt geschickt werden kann".

## Konvention gegen die Folter unterzeichnet

ELOY RODRIGUEZ - Granma Internacional

• DIE kubanische Regierung hat sich letzten Monat dem Internationalen Abkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und anderen grausamen und entwürdigenden Behandlungen angeschlossen, verkündete der Sprecher des Außenministeriums.

In seiner wöchentlichen Pressekonferenz maß Miguel Alfonso diesem Dokument große Bedeutung bei. Es ist eines der 16 von Kuba unterzeichneten Abkommen, die die Menschenrechte betreffen.

"Viele internationale Quellen haben diesen kubanischen Schritt positiv kommentiert", sagte er.

Der Sprecher schloß aus, daß diese Entscheidung während des letztjährigen Besuches des UNO-Kommissars für Menschenrechte, des Ecuadorianers José Ayala Lasso, gefallen war.

Er präzisierte, daß die "Formalitäten zur Unterzeichnung, zu dieser Zeit schon ziemlich weit fortgeschritten waren, und Ayala Lasso nur davon in Kenntnis gesetzt wurde, ohne jedoch irgendwelchen Einfluß darauf auszuüben."

Nach Aussage des Sprechers hatte die karibische Insel schon 1975, gemeinsam mit

Schweden, im Rahmen der UNO Vollversammlung die Deklaration unterstützt, die den Schutz aller Personen vor Folter garantieren sollte. Diese gilt als Vorläufer des gegenwärtigen Abkommens, das im Dezember 1984 endgültig angenommen und von 80 Ländern unterzeichnet wurde.

Alfonso verglich die Position Kubas, "das bezüglich der Menschenrechte internationale Verpflichtungen eingeht", mit der der Vereinigten Staaten, dem schärfsten Kritiker der Insel auf diesem Gebiet. Diese hätten nur acht der 25 UNO - Verträge unterzeichnet.

Die kürzliche Reise des Außenministers Roberto Robaina durch Rußland, Belorußland und die Ukraine wurde von dem Beamten des Außenministeriums als Zeichen dafür gewertet, daß alle Seiten den Wunsch haben, "in den Beziehungen einen Schritt nach vorn zu tun".

Man kann noch nicht von Ergebnissen sprechen, aber der Weg ist durch die von Robaina geschlossenen Kontakte auf höchstem Niveau geebnet.

Der Sprecher, der Tage vorher den Entschluß der kubanischen Regierung angekündigt hatte, sechs Inhaftierte auf Bitte der Stiftung France Liberte freizulassen, konnte nicht bestätigen, ob diese sich schon zu Hause befänden.

Trotzdem wußte man bei Redaktionsschluß, daß wenigstens einer von ihnen, Sebastian Arcos Bergnes bereits zu Hause ist.

Laut Prensa Latina sind die anderen Begnadigten Agustín Figueredo, Pedro Castillo Ferrer, Ismael Salvia Ricardo, Luis González Ogra und Indamiro Restano.

"Die Rückkehr in ihre Wohnungen ist reine Formalität, das Wichtigste ist, daß die Freilassung schon entschieden ist", erklärte er.

Während seiner Presseerklärung bestätigte Alfonso, ohne nähere Angaben zu machen, den Besuch von Robert Pastor, Berater des Ex-Präsidenten der USA, James Carter.

"Der Besuch dauerte eine Woche und war von privatem Charakter."

Pastor war während der Regierung von Carter Berater für Nationale Sicherheit und steht gegenwärtig dem Lateinamerikanischen Büro der Stiftung vor, die der ehemalige Staatschef leitet.

Kürzlich haben internationale Nachrichtenagenturen versichert, daß die Reise von Robert Pastor mit einem eventuellen Besuch Carters im Land in Verbindung stehe, was jedoch vom Ex-Präsidenten selbst dementiert wurde.

FIDEL ZUM  
MIGRATIONSABKOMMENDie Probleme  
können nur auf  
dem Weg des  
Dialogs gelöst  
werden

• Auszug aus einer  
Pressekonferenz anlässlich der  
Feierlichkeiten zum hundertsten  
Todestag José Martí



**J**OURNALIST.- Comandante, international hat man viel über die Migrationsvereinbarungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten von Amerika gesprochen. Glauben Sie, daß dies erst der Anfang war und weitere Abkommen über Themen, die beiderseits von Interesse sind, folgen werden?

FIDEL CASTRO.- Es ist ein gutes Beispiel dafür, daß schwierige Probleme über den Dialog gelöst werden können. Ohne die Kooperation Kubas hätten sie dieses gewaltige Problem, das sie selbst heraufbeschworen haben, nicht bewältigen können. Sie schufen das Problem der massiven Auswanderung indem sie diese mit allen möglichen Mitteln angeheizt haben, vor allem mit der Blockade und deren Verschärfung seit Beginn der *período especial*.

Sie haben das Problem geschaffen, sie haben dieses gigantische Lager in Guantánamo kreierte, und sie fanden keine Lösung dafür, ohne dabei gegen die Vereinbarungen zu verstoßen. Hätten sie die Leute in die Vereinigten Staaten gebracht, hätten sie Abkommen verletzt. Sie begannen also damit, zuerst Frauen umzusiedeln. Klar, keiner würde dagegen protestieren, daß man Frauen, Kinder und Kranke aus dem Lager herausholt. Die Zahl derer, die das Land verlassen hatten, war aber mittlerweile auf zehntausend angewachsen und das Problem begann sich von neuem zu reproduzieren, zu verschärfen und damit wurde von neuem zu Ausreisen angeregt. Sie hatten praktisch ein unlösbares Problem erzeugt. Trotz allem mußte natürlich eine Lösung gefunden werden. Sowohl für das Problem in Guantánamo, als auch für das des Anheizens der illegalen Ausreise. Noch ist es nicht vollständig gelöst, sie müssen die Abkommen strikt einhalten, das erste, wie das zweite. Das zweite ist eine Ergänzung zum ersten und berichtigt es in einigen Punkten.

Neulich ereignete sich ein Fall, wo ein Schnellboot kam, um hier Leute abzuholen. Das ist Menschenschmuggel. Das wird zur Zeit dort untersucht. Wir sind gespannt darauf, welche Entscheidung in diesem Zusammenhang getroffen wird, denn es gibt Leute, die glauben, wenn sie von einem Schnellboot abgeholt werden, können sie in die Vereinigten Staaten einreisen. Das Migrationsabkommen unterscheidet verschiedene Fälle: Die, die auf dem Meer aufgegriffen werden; die, die in den Militärstützpunkt eindringen; die, die es schaffen, nordamerikanischen Boden zu erreichen. Das heißt, daß das

Abkommen gut durchdacht ist. Aber trotzdem gibt es noch Leute mit anderen Intentionen. Natürlich besteht auch die Möglichkeit legal auszuwandern. Die USA erteilen zur Zeit eine relativ hohe Anzahl von Visa. Aber es gibt Personen, die die Anforderungen zur Visaerteilung nicht erfüllen, und es gibt auch Ungeduldige. Der größte Teil von denen, die versuchen, das Land illegal zu verlassen, sind diejenigen, die keine Hoffnung auf die Gewährung einer legalen Ausreise haben und glauben, wenn sie einmal auf die eine oder andere Weise dort angekommen sind, versteckt, oder mit Hilfe von Familienangehörigen, falls sie welche haben, ihr Ziel erreichen zu können. Alles in allem steht uns noch viel Arbeit bevor.

Die Grundlagen auf denen dieses Abkommen unterzeichnet wurde, sollen nun zur Überwindung dieser Schwierigkeiten beitragen, denn deren Ursachen lagen im Anreiz zur illegalen Auswanderung. Anreize, in Form von lauten Ehrenbekundungen, mit denen die illegalen Emigranten empfangen wurden, und die Privilegien, die ihnen zugesprochen wurden und die Tatsache, daß sie anders als alle anderen Bürger dieser Welt behandelt wurden.

Trotz der Existenz der Migrationsgesetze gibt es immer Leute, die versuchen, die Grenze zu überschreiten. In Mexiko spricht man von monatlich 120.000 Menschen, die in beiden Richtungen die Grenze überqueren. Dort baut man einen Zaun, einen anderen Zaun, eine Mauer, eine andere Mauer, man weiß schon gar nicht mehr, wieviele riesige Mauern dort in die Höhe ragen!

Diese Tendenz der Emigration von den weniger entwickelten Ländern in die höher entwickelten Länder zeigt sich auf der ganzen Welt, - ein weiteres Beispiel in Lateinamerika sind die Dominikaner, die über den La-Mona-Kanal flüchten - und dies löste besonders in den USA ein emigrantenfeindliches Gefühl aus, vor allem gegen die illegalen Einwanderer. Dadurch läßt sich auch die Annahme des Gesetzes 187 - Gesetz oder Resolution, was weiß ich, wie sie es nennen - in Kalifornien erklären. Das erklärt, warum sich die Mehrheit der Nordamerikaner gegen die illegale Einwanderung stellt. Aber was noch schlimmer ist: die Menschen entwickeln nun auch eine zunehmend ablehnende Haltung gegen die legale Einwanderung.

Einige schlagen ein Moratorium von fünf Jahren vor, um für eine begrenzte Zeit jegliche Einwanderung in die USA zu stoppen. Aber dies

würde die illegalen Einwanderungsversuche nur multiplizieren.

Sogar von China aus wird versucht, illegal in die USA einzuwandern.

Häufig hört man von Leuten, die 35.000 Dollar für das Einschleusen eines chinesischen Bürgers in die Vereinigten Staaten von Amerika verlangen. Natürlich können nur reiche Leute versuchen, ihre Angehörigen zu sich zu holen. Aber es handelt sich dabei um Schmuggel.

Dieses Problem beschäftigt alle entwickelten Länder. Ich glaube, in diesem Sinne läßt sich auch mit einer gewissen Logik erklären, daß in den USA die Besorgnis der Regierung gewachsen ist und warum sie zu dem Schluß gekommen ist, daß man keine Ausnahmen mehr machen kann, daß dies alles Gesetzesverstöße fördert.

Dieses Problem hat sich lange Zeit angestaut, und es mußten Maßnahmen ergriffen werden.

JOURNALIST.- Glauben Sie, Comandante, daß die Reaktion der extremen Rechten diese Vereinbarungen ändern könnte?

FIDEL CASTRO.- Welche Reaktion? Ich glaube nicht, daß der Kongreß sich momentan davon beeinflussen läßt.

Die extreme Rechte kann viel verändern, aber nicht diese Art von Vereinbarung, so meine ich. Sie werden dagegen ankämpfen, vor allem die extreme Rechte von Miami.

JOURNALIST.- Die habe ich gemeint.

FIDEL CASTRO.- Die hast du gemeint? Die können sie nicht ändern.

Ich habe einige Dokumentaraufnahmen gesehen. Sie haben in Wirklichkeit nicht viele Menschen mobilisiert. Wir wissen auch, daß viele Leute sich nicht äußern, sich nicht äußern können, weil ihnen dazu die Mittel fehlen. Sie haben weder Radio- noch Fernsehsender. Die Ersteren sind dort dominant, weil sie Geld haben, weil sie Terror ausüben, weil sie über Massenmedien verfügen, mittels derer sie Menschen verleumdern und sie tagtäglich beleidigen. Und viele Leute setzen sie fürchterlich unter Druck.

Aber es gibt eine relativ große Anzahl von Kubanern dort, die für das Abkommen sind. Die Mehrheit der Bewohner der Grafschaft Dade - ob Kubaner oder nicht - befürworten das Abkommen; genauso wie drei Viertel der Wählerschaft Floridas dafür sind; sogar in Florida, von der gesamten Nation ganz abgesehen. Sie üben zwar Druck aus und stiften Unruhe, aber ihr Einfluß reicht nicht dafür aus, Veränderungen zu erzwingen.

Letztlich haben sie an Stärke eingebüßt, weil ihre Aktionen die Ruhe der Stadt gestört und die Einwohner Miamis belästigt haben. Dadurch haben sie Unzufriedenheit ausgelöst.

Die Rädelsführer dieser extremen Rechten waren dafür, daß man die *Balseros* nach Guantánamo brachte. Später begannen sie zu hetzen, und als es zur Vereinbarung kam und die *Balseros* in die USA gebracht wurden, protestierten sie und äußerten, daß sie das nicht unterstützen würden. Sie sind voller Widersprüche. Sie sind in die eigene Falle getappt, wodurch sie Stärke und Prestige verloren haben. Sie sind machtlos.

JOURNALIST.- Comandante, vertrauen Sie angesichts der Situation, in der sich Kuba befindet, darauf, daß andere Generationen den hundertsten Jahrestag des 1. Januar 1959 werden feiern können?

FIDEL CASTRO.- Andere Generationen? Glauben Sie denn, daß dann keiner mehr hier sein wird? (Gelächter)

JOURNALIST.- Diese Kinder, die mit Ihnen sprachen.

FIDEL CASTRO.- Falls wir überfallen würden, würden wir unseren Prinzipien folgend bis zum Tod kämpfen. Dann gäbe es wirklich niemanden hier. Aber hier sind Menschen und es wird eine Hundertjahrfeier geben.

JOURNALIST.- Vielen Dank, Comandante!

RAÚL VALDÉS VIVÓ

**A**LS Karl Marx starb (London, 14. März 1883), hielt Friedrich Engels, sein Freund und Genosse im revolutionären Kampf und wie er Vorkämpfer im Denken und Handeln, eine kurze Trauerrede, in der jedes Wort ein Unversum offenbart.

Niemanden überraschte es, daß Engels, mit seiner Sprache, so harmonisch wie das Licht eines Leuchtturms überm Meer, in der Lage war, das Riesenwerk Marx' - und damit auch seines - zusammenzufassen. Beide hatten den Völkern eine wissenschaftliche Theorie gegeben, für ihren Kampf zur Durchsetzung ihrer edelsten, jahrtausendealten Sehnsüchte.

Erstaunlich dagegen, was José Martí Tage später in seiner zündenden Ausdrucksweise schrieb, ohne die monumentalen Worte Engels' gekannt zu haben. Auch er faßte sich kurz in seinem Bericht, den er aus New York für eine argentinische Zeitung schrieb.

Engels würdigte in Marx den Weisen, den Begründer des dialektischen Materialismus. Den, der die scheinbar so einfache, doch bis dahin so mysteriöse Tatsache entdeckte, daß der Mensch, bevor er sich mit Politik, Kunst, Philosophie beschäftigen kann, essen, wohnen und sich kleiden muß. Somit sind die Produktionsverhältnisse die Grundlage der Gesellschaft.

Alles was Martí nach dem Tod über Marx sagte, hatte als Vorgeschichte das, was er schon acht Jahre zuvor vertrat: "Das Leben der Völker, als auch der Menschen, basiert auf der Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse".

Engels lobte an seinem anderen Ich vor allem, ein Revolutionär gewesen zu sein. In dieser Eigenschaft habe er jeden technischen Fortschritt begrüßt, der die Produktivkräfte revolutionierte, wie etwa die Elektrizität. Und er habe die wichtigste Produktivkraft der Gegenwart organisiert - die Arbeiterklasse -, um sie in den Kampf für ihre Emanzipation zu führen.

Dasselbe sagte Martí über Marx, nur noch poetischer: "Er sah in allem das, was er selbst in sich trug: Rebellion, Aufstieg, Kampf".

Für Engels bestand das Verdienst seines Genossen darin, das Gesetz entdeckt zu haben, das den Kapitalismus ermöglicht, ihn bewegt und ihn schließlich zum Tode verurteilt: den Mehrwert; den Anteil der Arbeit, den der Kapitalist, um einer zu sein, dem Arbeiter nicht auszahlt.

Martí schrieb: "Karl Marx studierte die Art und Weise, wie die Welt auf neue Grundlagen gestellt werden könne, weckte die Schlafenden und lehrte sie, die brüchigen Hindernisse zu zerstören".

Der Marxismus spricht von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Martí von der Verrohung einiger Menschen zum Nutzen anderer.

Engels stellt wie Martí heraus, daß der Autor des "Kapital" die erste Partei des Proletariats der Welt gründete: die Internationale.

Marx und Engels verstanden, daß die damalige Klasse der Analphabeten, der Armen und Schwachen, die von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich wurde, dazu berufen war, die Völker von Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien, die Bestie zu besiegen, den Menschen zu vermenschlichen und mit seiner Entfremdung Schluß zu machen.

Martí und Engels über Marx

# Gemeinsamkeiten und Unterschiede

• **Wir stehen den mächtigsten und unversöhnlichsten Kräften gegenüber, aber wir werden Martí's Vermächtnis erfüllen, der "ein Volk seiner Epoche und ein Vaterland der Gerechtigkeit" wollte, "in dem die Freiheit allen Menschen gehört."**

Martí sah es als seine unabänderliche Pflicht an, ein kleines Land von kaum einem Tausendstel der Weltbevölkerung zu befreien, wozu es nötig war, soziale Unterschiede und Rassenschranken zu überwinden. Er sah darin den allmählichen Fortschritt. Er wollte über "Unser Amerika" zu größeren freiheitlichen Unternehmungen gelangen: Vaterland ist Menschlichkeit.



## DER BREITERE WEG

In zwei Punkten äußert sich die Diskrepanz Martí's zu Marx und Engels: beim Rhythmus der sozialen Veränderungen und bei der Breite, die sie in ihrer Epoche erreichen können. Ich unterstreiche den Zeitgedanken.

"Karl Marx ist tot: Da er sich auf die Seite der Schwachen stellte, gebührt ihm Ehre. Doch nicht der handelt richtig, der auf den Mißstand hinweist und sich dabei in der edlen Sehnsucht nach Verbesserung verzehrt, sondern derjenige, der mit einem sanften Mittel gegen das Schlechte angeht. Es erschreckt die Aufgabe, Menschen gegen Menschen zu hetzen. Es empört die unvermeidliche Verrohung einiger Menschen zum Nutzen anderer. Aber es muß ein Ausweg gefunden werden aus der Empörung, damit die Bestie gestoppt wird, ohne sie zu verschrecken und zu verjagen." Martí wollte ebenfalls, wie Marx, das Ende der Ausbeutung, glaubte aber dies sei auf dem Weg sozialer Reformen möglich. Auf dem breiteren Weg. "Mit allen und für das Wohl aller."

Nachdem Martí und Antonio Maceo nicht mehr lebten und Máximo Gómez auf verlorenem Posten stand, wurde Kuba durch die imperialistische Intervention die bürgerliche Republik aufgezwungen, die Martí verhindern wollte. Die Republik war die einiger Weniger, für das Wohl einiger Weniger. Sie war antimartianisch und darum die Feindin der Arbeiter, ihr Fluch.

Der reale historische Verlauf unseres Jahrhunderts war im Weltmaßstab von unversöhnlichem Klassenkampf gekennzeichnet. Es haben sich solche Phänomene wie

der Imperialismus und der Faschismus entwickelt, bis hin zum Neoliberalismus, der den Despotismus der multinationalen Monopole auf die Spitze treibt. Kann man dabei an die Versöhnung antagonistischer Interessen denken?

Gleichzeitig gibt der gegenwärtige welthistorische Prozeß Martí Recht in seiner Kritik am Rhythmus, den Marx ihm geben wollte.

Marx glaubte, daß im 19. Jahrhundert der Kapitalismus beseitigt und der Kommunismus siegen werde, und Lenin nannte dafür die Mitte des 20. Jahrhunderts. Martí, der die revolutionäre Ungeduld von Marx kritisierte, sagte: "Aber er ging zu schnell voran, ein wenig im Schatten, ohne zu sehen, daß nichts Lebensfähiges entsteht, nicht aus dem Schoß des Volkes in der Geschichte, nicht aus dem Schoß der Frau das Kind zu Hause, wenn es nicht natürlich und mühevoll ausgetragen wurde."

Sehr interessant ist, daß Martí's Kritik offensichtlich vom Gebrauch der (von ihm selbst entdeckten) objektiven und subjektiven Faktoren ausgeht, denen der Marxismus die entscheidende Rolle beimißt.

Heute, nach der Auflösung der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers in Osteuropa, müssen wir an das denken, was Martí sagte: die Zeit des Austragens hätte länger und schmerzhafter sein müssen. Doch hätte alles anders sein können, wenn man den subjektiven Faktor auf die Höhe der objektiven Bedingungen gebracht hätte.

Bestätigt sich nun nach der bereits abklingenden neoliberalen Euphorie etwa nicht, daß der Imperialismus weiterhin in einer umfassenden Krise steckt? Bestätigt sich das nicht unglücklicherweise in Ländern, die Martí so verehrte?

## EINE VERPFLICHTUNG ZUM HUNDERTSTEN TODESTAG

Die Tatsachen widerlegen die Spitzfindigkeiten unserer ideologischen Feinde.

Martí war für ein sanftes Mittel, verzichtete aber nicht auf das ge-

waltsame, falls es keinen anderen Weg gab. Und er erklärte dem Enkel des Sklaven, es sei, um die ganze Gerechtigkeit zu erobern, als er ihm die Fackel des notwendigen Krieges anvertraute, den die Partei organisierte, die er zu diesem Zweck gegründet hatte und von dem er sagte, daß aus dessen Schoß die Republik hervorgehe.

In dieser Situation mußte Martí's Rat über den Realismus alle Ungeduld ersetzen.

Als Martí in seinem Prolog für die Erzählungen von Castro Palomino gestand, er träume ebenfalls von der sozialistischen Gerechtigkeit, verwies er darauf, daß der Sieg aus Unterbrechungen, aus Rückschritten bestehe, was nicht besagt, daß auf einen späteren Fortschritt verzichtet werden muß. Denn wer "auf Erden siegen möchte, ha, der darf nicht zu nah am Himmel leben!"

Bei stillschweigender Anerkennung des Klassenkampfes hat Martí sich damit auseinandergesetzt, daß die Rechte, die die herrschende Minderheit für lebensnotwendig hält, nicht sofort zerbrochen werden können, da sie sich in Jahrhunderten herausbildeten. Das heißt, daß... "das künstliche und gewaltsame Entstehen der Völker eine relative Gerechtigkeit hervorgebracht hat, angesichts derer eine plötzliche absolute Gerechtigkeit inakzeptabel erscheint und es auch ist..."

Unser Sozialismus bekräftigt die Prinzipien der Gerechtigkeit, der Freiheit und Menschlichkeit, sieht sich aber gezwungen, auf Mittel zurückzugreifen (beispielsweise auf den Hauch von kapitalistischem Markt), die nicht unmittelbar zur absoluten Gerechtigkeit führen. Allerdings wird das revolutionäre Volk Kubas niemals darauf verzichten, diese anzustreben. Wichtig für uns ist heute, daß die Gerechtigkeit, die unter uns existiert, sehr viel ausgehender ist, als in irgend einem anderen Teil dieser Welt. Das ist es, was die solidarischen Völker von Kuba erwarten.

Wir stehen den stärksten und unversöhnlichsten Mächten gegenüber, aber wir werden nicht versagen, wenn wir das erfüllen, was Martí wollte: "ein Volk seiner Epoche und ein Vaterland der Gerechtigkeit, wo die Freiheit sicher ist, weil sie von allen verteidigt wird."

Das ist die Verpflichtung zur hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem Martí im Kampf sein Leben ließ. Es ist zufällig ebenfalls der hundertste Todestag von Engels. Beide hatten sich in ihrer Verehrung für Marx verbrüdet.

Engels sagte voraus, daß Marx' Name Jahrhunderte überdauern wird, und mit seinem Namen seine Sache.

Wenn wir Marxisten auch daran glaubten, unser endgültiger Sieg sei leichter und schneller zu erreichen als es der Fall ist, so haben sich die Feinde des Marxismus ebenfalls geirrt, wenn sie annehmen, der Marxismus sei tot. Der Kampf geht weiter. Und das China des großen Volkes, das heldenhafte Vietnam und das standhafte Korea sind der Beweis.

In Kuba sind der ruhmvolle Name und die heilige Sache lebendig. Und wer wolle behaupten, Martí seien sie fremd gewesen, bezeichnete er doch Karl Marx als den edelsten Helden und größten Denker der Welt der Arbeit?

RAÚL VALDÉS VIVÓ ist Rektor der Parteihochschule "Nico López".



US-BASE  
GUANTÁNAMO

## Juristische Ungeheuerlichkeit

ANTONIO PANEQUE BRIZUELAS - Granma Internacional

● GUANTÁNAMO.- Etwa 200 Völkerrechtsexperten bezeichneten auf einer Konferenz die andauernde Besetzung der Militärbasis in Guantánamo durch die Vereinigten Staaten von Amerika als historisch "überholt und juristisch ungeheuerlich".

Juristen, Historiker und andere in- und ausländische Akademiker klagten die USA an, mit ihrer Präsenz in dieser militärischen Enklave gegen den Geist und die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen sowie gegen das Völkerrecht zu verstoßen.

Die Teilnehmer der ersten Konferenz über die illegale Besetzung dieses Territoriums, das 1903 unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen gepachtet wurde, riefen öffentlich Institutionen, Organisationen und Personen auf der ganzen Welt dazu auf, dieses Thema zu vertiefen und die Rückgabe der Enklave zu fordern.

Nach der dreitägigen Sitzung nahmen die Teilnehmer mit der Schlussklärung einen Antrag der Delegation aus der Dominikanischen Republik an, der fordert, dieses Dokument auf die Tagesordnung der im Juli nächsten Jahres stattfindenden Sitzungsrunde über das Völkerrecht zu setzen.

Die Abschlussklärung geht davon aus, daß der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen aus dem Jahre 1934 nichtig sei, der die Verpachtung der 110 km<sup>2</sup> großen Base beidseitig der Einfahrt zur Bucht von Guantánamo an die USA festlegt.

Sie verweist darauf, daß der obengenannte Vertrag, der die Nutzung der Base nur als Schiffsanlegeplatz und Kohlenlager vorsieht, "von Anfang an fehlerhaft und ungültig" sei, da er nichts anderes zum Ziel hatte, als "eine der Klauseln des Platt-Amendment und des Vertrages von 1903" aufrechtzuerhalten.

Die Völkerrechtler betrachten den gesamten Entstehungsprozeß der Base, der sich durch Nötigung eines Staates, Drohungen und Anwendung von Gewalt auszeichne, als illegal. Und obwohl heutzutage ganz andere Umstände als zu der Zeit, als der Vertrag unterzeichnet wurde,

herrschen, sei die Beibehaltung der Base auch heute mit den Normen des Internationalen Rechts nicht in Einklang zu bringen.

Die Expertengruppe erinnerte an die rechtlichen Grundlagen die in die gegenwärtige kubanische Verfassung Eingang gefunden haben. Diese "weist alle Verträge, Vereinbarungen oder zugestandenen Konzessionen zurück und erklärt sie als illegal, sofern sie unter ungleichen Bedingungen zustande kamen oder die Souveränität oder territoriale Integrität nicht anerkennen bzw. einschränken".

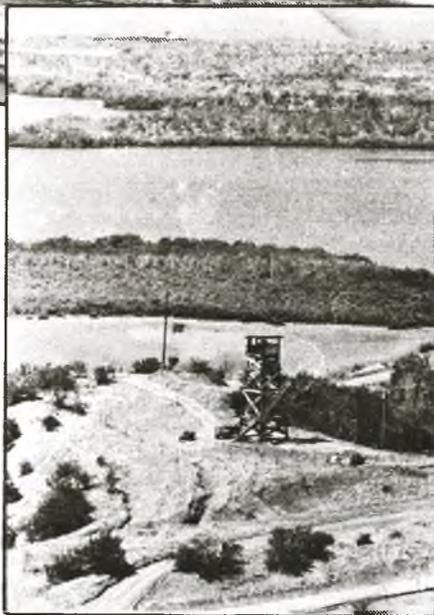
Eine der bemerkenswertesten Reden auf der Konferenz wurde von Ricardo Alarcón, dem Präsidenten der Nationalversammlung der *Poder Popular* gehalten. Darin sagte er u.a., wenn man die Base einer strikt von nordamerikanischen Interessen ausgehenden Analyse unterziehen würde, so würde man zu dem Ergebnis kommen, daß sie schon vor langer Zeit geschlossen und an Kuba hätte zurückgegeben werden müssen, da ihre Aufrechterhaltung jeglichen Sinnes entbehre.

Der hohe kubanische Amtsträger, der ebenfalls Völkerrechtsexperte ist, erklärte diesbezüglich, daß diese Base den USA nur Kosten verursache und weder Arbeitern noch Unternehmern irgendwelche Vorteile bringe.

Alarcón erwähnte, daß der aktuelle Gesetzentwurf des Senators Helms noch klarer und expliziter die nordamerikanischen Absichten zum Ausdruck bringe. Es gehe ihnen darum, sich Kuba zu bemächtigen, wie schon in weit zurückliegenden Tagen. Er stellte klar, daß mit der Durchsetzung dieses Gesetzes "sich ganz Kuba in eine riesige Militärbasis verwandeln würde".

Weitere hochspezialisierte Beiträge wurden auf dieser Ersten Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz über die Illegalität der Militärbasis von Guantánamo von international anerkannten kubanischen Gelehrten wie Dr. Miguel D'Stéfano Pisani, Dr. Olga Miranda Bravo, Dr. Eduardo Lara García, Dr. Ana María González und Dr. Soraya Castro Marino gehalten.

An diesem Treffen nahmen Experten aus Martinique, Guatemala, der Dominikanischen Republik, Japan und Benin teil.



Orlando CAIRO/CPA

## Rückkehr in die OAS hat keine Priorität

● DAS kubanische Außenministerium machte deutlich, daß es bei keiner Verhandlung irgendwelche Vorbedingungen akzeptiere, da dies die nationale Souveränität verletzen würde.

Der Sprecher des Außenministeriums, Miguel Alfonso, antwortete mit dieser Deutlichkeit auf die Forderung der US-amerikanischen Regierung, die Wiedereingliederung Kubas in die OAS u.a. von einer Änderung des politischen Systems in ein pluralistisches und marktwirtschaftliches abhängig zu machen.

Obwohl das Thema Kuba nicht auf der Tagesordnung der OAS-Versammlung in Monrovia, Haiti, stand, wurde es vom Generalsekretär César Gaviria angesprochen. Er schlug vor, der Insel die Möglichkeit zur Rückkehr in die Organisation zu geben, aus der sie 1962 auf Druck der USA ausgeschlossen worden war.

Der Sprecher des Außenministeriums stellte klar, nicht Kuba habe die Initiative ergriffen, seinen Fall bei der Zusammenkunft der OAS zur Sprache zu bringen, denn dieses Thema habe gegenwärtig keine Priorität im Land.

"Wir sind verwundert darüber, daß es zu dieser Diskussion kam, obwohl Kuba nicht anwesend war. Das ist ein Problem (die Wiedereingliederung), das diejenigen lösen müssen, die es vor mehr als drei Jahrzehnten kreiert haben."

Alfonso würdigte die Positionen, die die Außenminister Kolumbiens, Mexikos, Boliviens und Brasiliens vertraten, die nicht zuließen, daß man Kuba Bedingungen auferlegte. Die Delegationen Kanadas und Chiles unterstützten ebenfalls den Antrag Gavirias.

Verschiedene Teilnehmer des OAS-Treffens äußerten gegenüber IPS, es sei absurd, die Blockade gegen Kuba weiter aufrechtzuerhalten.

Als weiteren Punkt der wöchentlichen Pressekonferenz, betonte der Sprecher des Außenministeriums, es sei nicht ausgeschlossen, daß erneut Vertreter der von Danielle Mitterrand geleiteten Organisation France Liberté sowie in Zukunft weitere regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisationen die Insel besuchten.

Das Interesse von France Liberté sei logischer Teil der seit langer Zeit bestehenden engen Zusammenarbeit, sagte Alfonso.

MARELYS VALENCIA ALMEIDA  
- Granma Internacional

● SEIT gut einem Jahr spricht man in Kuba von wirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen: Einige zielen auf die Produktionserhöhung von Nahrungsmitteln und materiellen Gütern ab, andere bezwecken das Abschöpfen der übermäßigen Geldumlaufmenge und die Beseitigung des Defizits in der Staatskasse.

Trotzdem, obwohl schon angekündigt, fehlt bisher die Diskussion über die Neustrukturierung der Arbeit. "Es ist nicht leicht ein inneres finanzielles Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, wo es unterschiedliche Marktformen und zwei Währungen gibt; deshalb muß man grundlegende Maßnahmen ergreifen, um die Produktionsstrukturen zu erneuern, ausufernde Stellenpläne zu reduzieren, und die Arbeitsplätze zu restrukturieren", äußerte kürzlich der Minister für Preise und Finanzen, José Luis Rodríguez.

Nichtsdestotrotz wird seit April 1994, als der Staatsrat die Gesetzesverordnung Nr. 147 erließ, an der Reorganisation der Zentralverwaltung gearbeitet. Ziel ist es, dort Änderungen herbeizuführen, um Ausgaben, Funktionsweise, interne Organisation und die Planstellen zu rationalisieren."

Mit anderen Worten, die Umstrukturierung begann "in den oberen Etagen" und breitet sich allmählich auf die Betriebe des Landes aus, wie es auch die Verordnung Nr. 6 vom August 1994 beabsichtigt hatte.

Wenn man Rentabilität von Unternehmen fordert, so müssen diese zuerst einmal ihre Planstellen überprüfen und außerdem entscheiden, wer am effizientesten die anstehende Arbeit bewältigen kann. Die alarmierende Quote von 70 Prozent kubanischer Unternehmen, die nicht rentabel arbeiten, ist für den Staat zu einer untragbaren Last geworden. Im laufenden Jahr konnte er, im Vergleich zum Vorjahr, die Ausgaben für Verlustsubventionen um 34 Prozent senken, insgesamt betragen diese jedoch immer noch 3,15 Mrd. Peso.

Um wirtschaftliche Effizienz vor allem durch Produktivität zu erreichen, ist es unter anderem notwendig, die Beschäftigungspolitik zu modifizieren. Alles andere hieße vor dem Paternalismus zu kapitulieren, der bis jetzt das Produktionssystem im Land bestimmt hat.

Die Frage ist jedoch, wie man sich dieser Situation stellen soll, ohne dabei die soziale Situation noch weiter zu belasten.

#### EIN LANGSAMER UND RATIONALER PROZESS

Wie die kubanische Regierung die Umstrukturierung der Arbeitsplätze angehen wird, erklärt Conrado Valladares vom Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit.

- Wie wird die Rationalisierung der Arbeitsplätze vonstatten gehen?

- "Die Verordnung Nr. 4 von 1991 hat die Arbeitsplatz- und Gehaltsfrage der Personen geregelt, die der Streichung ihrer Arbeitsplätze und den Folgen der Rohstoff-, Kapital- und Treibstoffknappheit zum Opfer gefallen waren."

"Diese Personen haben ihre arbeitsrechtliche Beziehung nicht verloren. Als Konsequenz der *periodo especial* wurde diese Verordnung überarbeitet, woraus dann die Verordnung Nr. 6 von 1994 entstanden ist."

"Diese letzte befaßt sich mit der Rationalisierung des Beschäftigungsbereichs, der im Rahmen der Neustrukturierung des gesamten Staatsapparates und seinen Verwaltungsstrukturen durchgeführt werden sollte. Die Gesetzesverordnung Nr. 147 vom April 1994 verfügte diese Umstrukturierung, um den Staatsapparat möglichst weitgehend zu entlasten. Daß hierbei mit den zentralen Strukturen des Staats begonnen wurde, ist im Gegensatz zu anderen Ländern charakteristisch für Kuba."

"Jetzt wird der Prozeß auf die Betriebe ausgeweitet. Man hat Anweisung gegeben, den Prozeß schrittweise und geordnet in Gang zu bringen und in den am wenigsten betroffenen Bereichen zu beginnen. Es hätte keinen Sinn, den Rationalisierungsprozeß in den Betrieben zu initiieren, in denen es wenig oder gar keine Arbeit gibt; dort würde man unnötig eine schwierige soziale Situation hervorrufen."

"Deshalb werden die Rationalisierungsmaßnahmen innerhalb derjenigen Unternehmen be-



Umstrukturierung der Arbeit in Kuba

## Behutsames Vorgehen ist wichtig

ginnen, deren Unternehmensziele darin bestehen, Exporte zu tätigen, Importe zu substituieren und letztendlich Devisen zu erwirtschaften; eben solche Unternehmen, die die notwendigen technisch-materiellen Produktionsmittel haben. Diese Maßnahmen werden nach ihrer Anwendung eine höhere Arbeitsproduktivität und Effizienz bewirken."

"Augenblicklich wird ein Zeitplan (zwischen den Betrieben und den Gewerkschaften) ausgearbeitet, der die Strategie bei der Einführung der Maßnahmen bestimmen soll. Nachdem die Strategie festgelegt ist, wird sie dem Ministerium für Arbeit und der Gewerkschaft (CTC) zur Begutachtung vorgelegt werden."

"In dieser Liste sind die Betriebsbereiche, die die Unternehmen und die Ministerien zur Rationalisierung vorschlagen, ebenso enthalten, wie die Art der Maßnahmen, die ergriffen werden sollen. Z. B. solche Fragen, ob die Zahl der Planstellen angepaßt werden soll, ob Umstrukturierungen vorgenommen werden müssen, ob die Produktion eingeschränkt werden soll und Vorstellungen über die Größenordnung der überzähligen Arbeitskräfte. Sogar die Zeiträume, in der die Maßnahmen durchgesetzt werden sollen, werden festgelegt. Wir werden Betrieb für Betrieb analysieren, seine jeweilige Bedeutung in seinem Sektor bestimmen und die geeigneten Maßnahmen festlegen, die notwendig sind, um den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. So auch die Frage, ob es nötig ist, den Betrieb zu schließen oder ihn mit einem anderen zu fusionieren."

- Wann wird der Rationalisierungsprozeß abgeschlossen sein?

- "Ich kann keinen Zeitpunkt nennen. Man würde es sich zu leicht machen, wenn man einfach einen Tag festlegt, wenn man verlangt, daß der Prozeß in ein oder zwei Jahren beendet sein muß. Er wird schrittweise vonstatten gehen und die Zeit, die notwendig ist, in Anspruch nehmen, damit keiner der Arbeiter auf der Straße bleibt. Die Produktionsbedingungen im Land ändern sich ständig, in jedem Zweig. Daher wird die benötigte Zeit davon abhängen, wie sich die Unternehmen entwickeln."

- Können Sie die Anzahl der Arbeiter, die von der Rationalisierung betroffen sein werden, abschätzen?

- "Um eine Ziffer zu nennen, müßte man Recherchen über Kapazität und Organisation eines

jeden Betriebes anstellen. Deshalb kann keine genaue Ziffer genannt werden."

- Wird es eine Größenordnung von 500.000 sein?

- "Sie könnte sich in dieser Höhe bewegen. Man kann die Produktivitätsraten voriger Jahre mit der von diesem Jahr vergleichen, die einen Rückgang um 10, 15 und sogar 20 Prozent verzeichnen. Was jedoch auch keine genauen Aussagen ermöglicht."

- Wie kann man die Situation derer lösen, die ihren gegenwärtigen Arbeitsplatz verlieren?

"Die Verordnung Nr. 6 orientiert auf die jeweiligen Arbeitsverwaltungen der *poder popular* (Stadtverwaltungen), wo Sektoren existieren, die Arbeitskräfte benötigen. Es gibt Wirtschaftszweige, in denen Personalknappheit, andere, in denen Personalüberschuß herrscht. In der Landwirtschaft z. B. werden Arbeitskräfte benötigt, genauso wie bei der Realisierung verschiedener Investitionsprojekte, im Tourismus etwa."

"Die Arbeitskräfte werden also dorthin orientiert, wo Nachfrage besteht. Dabei werden für die verschiedenen Gebiete auch neue Tätigkeitsbereiche berücksichtigt, die die Nachfrage der Bevölkerung nach gewissen Dienstleistungen befriedigen sollen; vorausgesetzt, daß es sich dabei um nützliche und produktive Tätigkeiten handelt."

- Was passiert mit denen, die die Alternativen nicht annehmen können oder wollen?

- "Der Einsatz in der Landwirtschaft sowie in allen anderen Bereichen ist nicht obligatorisch. Die Verordnung Nr. 6 bietet den durch Rationalisierung entlassenen Arbeitern Schutz, wenn sie keine alternative Beschäftigung aufnehmen können; etwa weil momentan keine adäquate Stelle frei ist, oder auch im Falle von persönlichen Hinderungsgründen (Krankheit oder persönliche Probleme), die ihnen nicht erlauben, an einem anderen Platz eingesetzt zu werden. In diesem Fall wird ihnen eine Gehaltsgarantie geboten, die sich nach der jeweiligen Beschäftigungsdauer richtet. Im ersten Monat nach der Entlassung wird das volle Gehalt bezahlt, danach 60 Prozent. Ein Arbeiter, der z. B. 20 Jahre gearbeitet hat, hat über einen Zeitraum von viereinhalb Jahren Anspruch auf diese Gehaltsgarantie."

- Werden die Gehälter unverändert bleiben?

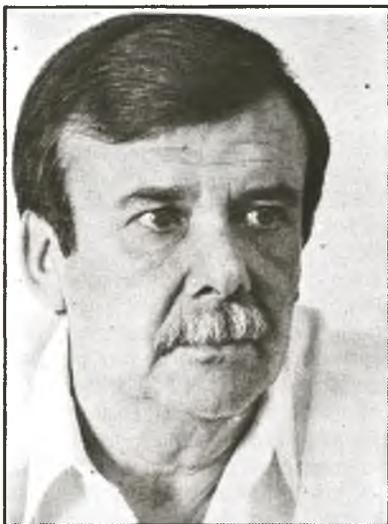
- "Es würde keinen Sinn machen, wenn der Staat in seiner jetzigen Phase, in der er sich um die Sanierung der Finanzen kümmern muß, eine Politik der allgemeinen Gehaltserhöhung betreiben würde. Was nicht heißen will, daß Gehaltserhöhungen in den Zweigen und Sektoren, in denen sie nötig und gerechtfertigt sind, nicht beilligt werden."

"Wir können aber weder von einer mechanischen noch einer egalitären Gehaltserhöhung sprechen. In bestimmten Fällen werden Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ergriffen, wobei diese sich nicht nur auf das Gehalt beziehen. Darunter fallen auch Sozialleistungen und die Verbesserung der Lebensbedingungen. In Berggebieten z. B. werden Wohnungen für die Menschen gebaut, die in den dortigen Plantagen arbeiten. Gleichzeitig sollen damit neue Arbeitskräfte angelockt und ihre feste Ansiedlung erreicht werden."

- Wird das Gesetz über selbständige Arbeit verändert werden, um mehr Flexibilität zu erreichen?

- "Die selbständige Arbeit wird sich ohne Zweifel zu einer Alternative für die Lösung des Arbeitsplatzproblems darstellen. Zusätzlich trägt sie auf diesem Wege zur Nachfragebefriedigung der Bevölkerung nach diversen Dienstleistungen bei."

"Man wird das Gesetz erweitern müssen. Es wird ständig daran gearbeitet, und zwar im Hinblick auf mehr lokal bezogene Lösungen. Das heißt, daß eine bestimmte Tätigkeit in Havanna sinnvoll sein kann, möglicherweise jedoch nicht in anderen Provinzen. Es ist notwendig, die Arbeit der Freiberufler auf einem sicheren Fundament zu flexibilisieren, um sie der gegenwärtigen Situation anzupassen und neue Fehler zu vermeiden."



Ernesto Meléndez

SUSANNA LEE

für Granma Internacional

## Interview mit Ernesto Meléndez, Minister für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit

# UNSERE STRATEGIE

**D**AS Thema der ausländischen Investitionen, die unser Land in der momentanen wirtschaftlichen Situation so dringend benötigt, hat sowohl innerhalb als auch außerhalb der Insel zu unterschiedlichen Äußerungen geführt.

Granma Internacional bat Minister Ernesto Meléndez um ein Interview zur Erläuterung der aktuellen Situation.

"Vor allem möchte ich betonen, daß dem ausländischen Kapital alle Wirtschaftszweige offenstehen. Die Zuckerindustrie und das Immobiliengeschäft haben dabei das größte Interesse hervorgerufen", begann der Minister seine Ausführungen.

In der Zuckerindustrie sei man seit Jahren an einer verstärkten Raffinierung des Zuckers interessiert. Es gibt bereits Verhandlungen, um die vorhandenen Raffinerien zu modernisieren, neue zu bauen und damit insgesamt die Produktion von raffiniertem Zucker zu erhöhen.

"Das umfassende Programm zur Wiederherstellung der Zuckerproduktion und vor allem zur Verbesserung des Zuckerrohranbaus verlangt von uns, nach Alternativen bei der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel zu suchen. So begannen im November 1994 Verhandlungen zur Aufstellung von Finanzierungsplänen für Materialien, die für die Zuckerrohrernte gebraucht werden".

Der Minister informierte, daß für die Ernte 1995/96 solche Finanzierungspläne in sieben Provinzen aufgestellt worden seien und für die übrigen vorbereitet werden würden. Sie basierten auf mittelfristigen Krediten, die ausländische Partner zu festgelegten Zinsen gewähren. Je nach Produktionsleistung bekommen sie zusätzlich noch einen bestimmten Prozentsatz der erreichten Steigerung.

Meléndez erklärte, daß dem Land bei dieser Modalität weder Produktionsmittel noch Eigentum wie Zuckerfabriken, Maschinen, Eisenbahnen usw. verloren gingen... "Es geht darum, Kredite aufzunehmen, um für die Ernte rechtzeitig und ausreichend über die nötigen Mittel zu verfügen, die uns wieder Erträge zu verfügen, die uns wieder Erträge von sechs bis sieben Millionen Tonnen Zucker bringen sollen".

Die große Herausforderung besteht entsprechend darin, die eingegangenen Verpflichtungen zu

erfüllen. Das bringt für die Arbeiter dieser Industrie eine große Verantwortung mit sich. Sie müssen mehr produzieren, damit die Kredite und Zinsen bezahlt und darüber hinaus noch Gewinne gemacht werden können.

### INVESTITIONEN IM IMMOBILIENBEREICH

Auf die Frage nach der Handhabung dieser Angelegenheit und ihrer Perspektiven erklärte Meléndez: "Für Kuba ist dieses Thema neu, nicht aber für andere Länder. Es ist sehr vielseitig. Es ermöglicht in Städten und Touristenzentren zu investieren, um Wohnhäuser oder Bürogebäude zu sanieren oder neu zu bauen, die anschließend verkauft oder vermietet werden können."

Diesen Bereich zu öffnen heißt für uns, eine weitere Möglichkeit aufzutun, um Finanzierungsprobleme bei der Entwicklung städtischer Zonen zu beseitigen oder in bestimmten Tourismuszentren das Angebot auszuweiten ohne uns dabei nur auf die Hotels zu beschränken.

Dabei wird auch die starke - und steigende - Nachfrage der in Kuba arbeitenden Ausländer berücksichtigt (Firmenvertretungen, Joint-Ventures, anderes Personal), die Interesse daran haben, Immobilien zu mieten oder zu kaufen.

Der Minister führte als Beispiel die erste Firmengründung im Immobilienbereich an. Gemeinsam mit dem spanischen Unternehmen Argentaria wurde eine Gesellschaft zur Renovierung der alten Handelsbörse in der Altstadt von Havanna geschaffen.

Im Fall dieser Gesellschaft zum Beispiel läuft der Vertrag nach 25 Jahren aus. Dann wird die Handelsbörse in den Besitz der Organisation übergehen, die das kulturelle Erbe des historischen Stadtkerns verwaltet. Aber auch andere Varianten sind nicht ausgeschlossen. Derzeit wird über unterschiedliche Formen in Abhängigkeit von der Art der Gebäude verhandelt. Es wird auch darüber nachgedacht, gemischten Unternehmen Land in Nießbrauch zu überlassen. Dabei bleibt das Eigentum in unserer Hand.

In den laufenden Verhandlungen geht es hauptsächlich um Wohnungen, Büros und Tourismusobjekte. Der Minister fügte hinzu, dabei müsse beachtet werden, daß die kubanische Seite auch für Planung, Bauausführung und Materialien Angebote präsentieren wird, um sich

so auch an diesen Aktivitäten zu beteiligen.

Eine auf Immobilien spezialisierte Bank existiere noch nicht, so Meléndez, aber ihre Gründung wird in dem Maße wahrscheinlicher, in dem die Investitionen in diesem Bereich zunehmen.

### BINNENMARKT, SUBSTITUTION VON IMPORTEN, DIENSTLEISTUNGEN

Im Binnenmarkt, so erklärte der Minister, seien ausländische Investitionen zur Zeit noch nicht erforderlich. Der Markt wickle sich in kubanischen Peso ab - einer Währung, die nicht konvertibel ist. Es

gäbe zwar auch Devisen- und Tourismusläden, diese würden aber von kubanischen Firmen geführt.

Das Thema der Substitution von Importen "untersuchen wir zusammen mit einigen ausländischen Firmen, mit deren Hilfe diejenigen Produktionssektoren gefördert werden sollen, deren Produktion wegen fehlender Mittel eingeschränkt wurde oder die geschlossen werden mußten. Im Fall von Zitrusfrüchten und Tabak haben wir mittlerweile sehr vorteilhafte Verträge abgeschlossen."

### MEHRHEITSBETEILIGUNGEN AUSLÄNDISCHER PARTNER

Zu dieser Frage erklärte der Minister, auch wenn es erklärtes Ziel der kubanischen Seite sei, ausländischen Partnern keine Mehrheitsbeteiligungen einzuräumen, so könne man diese Möglichkeit doch nicht generell ausschließen. Dies sei abhängig von der Art der Investition, ihrer Größenordnung, dem Markt, den der Investor eröffnet, dem Problem der Technologiebeschaffung durch die kubanische Seite und weiterer Faktoren, die man beachten müsse.

Bisher sei der Tourismus der einzige Bereich, in dem man Beteiligungen bis zu 50 Prozent gestatte. Aber es gäbe bereits offene Verhandlungen in dem o.g. Sinne. Ein wichtiges Beispiel dafür seien, so Meléndez, die Gespräche mit der australischen Western Mining im Bereich des Nickels. Abgesehen davon, daß die Firma im internationalen Markt eine bedeutende Rolle spiele, biete sie Kuba ausgezeichnete Konditionen an.

### MÖGLICHE ENTWICKLUNGEN IM BANKBEREICH UND WEITERE PERSPEKTIVEN

Auf dieses Thema eingehend erläuterte der Minister die Perspektiven der Banken vor dem Hintergrund der steigenden ausländischen Investitionen im Land. Diesen gehe es nicht nur um den Finanzierungsaspekt, sondern auch um Teile ihrer wichtigen Kundschaft.

"Die Tatsache, daß einige Banken damit beginnen, in Kuba Vertretungen zu eröffnen, ist Ausdruck dieses doppelten Interesses. Es gibt sogar Beispiele, daß sie von sich aus unter ihren Kunden für mögliche Geschäfte auf der Insel werben."

Für dieses und das nächste Jahr erwartet der Minister einen starken Multiplikationseffekt bei diesem

Thema, denn es gäbe verschiedene weltbekannte Banken, die ernsthaft überlegen, eine Vertretung in Havanna zu eröffnen. Er sprach in diesem Zusammenhang auch neue Pläne für Industrieparks an, für die bereits Angebote geprüft werden.

Die Idee bestehe darin, ausländischen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Werkstätten oder Fabriken zu errichten, in denen arbeitsintensive Produktionen durchgeführt werden können. Dabei sei speziell an High-Tech Produkte gedacht, die klein und leicht sind und exportiert werden sollen. Sofern diese Produkte nicht ins Land geliefert werden, seien sie vom Zoll befreit.

"Diese Form wird für Kuba neu sein, doch in verschiedenen Ländern Amerikas, etwa Mexiko, gibt es Derartiges bereits. Der Unternehmer kauft die Rohstoffe im Ausland - oder in Kuba, sofern wir sie anbieten können - stellt Arbeitskräfte ein, bildet sie an der einzusetzenden Technologie aus, zahlt für Dienstleistungen, Verbrauchsmaterialien etc."

"Zweifelloos sind das interessante Aussichten, mit denen wir uns hier beschäftigen", unterstrich er.

Im weiteren sprach der Minister den qualitativen und quantitativen Anstieg der europäischen Unternehmerdelegationen an, die Kuba in letzter Zeit besuchten. Dabei hob er besonders den Aufenthalt von Vertretern des französischen Arbeitgeberverbandes und den von italienischen Geschäftsleuten hervor. Er erwähnte aber auch entsprechende Besuche aus Kanada und Mexiko sowie das Interesse von Unternehmern bestimmter Sektoren aus Südafrika, Skandinavien, Australien, verschiedener asiatischer und lateinamerikanischer Staaten und aus dem Nahen Osten.

In diesem Sinne sei auch die positive Resonanz zu werten, die die nationalen und internationalen Veranstaltungen in Form von internationalen Kontakten ergeben hätten. Eine der wichtigsten Aktivitäten in diesem Sinne wird der in der zweiten Jahreshälfte stattfindende dritte "Runde Tisch" sein, den "The Economist" diesmal mit dem Schwerpunktthema Biotechnologie und Pharmazeutische Industrie veranstalten wird.

Trotz der Blockade kämen immer häufiger auch US-amerikanische Unternehmer, die lamentierten, wegen der Beschränkungen durch die US-Regierung Terrain im Investitionsprozeß in Kuba zu verlieren.

Zu den stockenden und langwierigen Verhandlungen mit der Insel befragt, meinte der Minister, es müsse berücksichtigt werden, daß es hier nicht um Einjahres- oder Fünfjahres-Verträge gehe, sondern um wichtige wirtschaftliche Vereinbarungen mit einer Dauer von mehr als fünfzehn Jahren, bei denen nicht überstürzt und unüberlegt entschieden werden könne.

"Wir nähern uns dem in der internationalen Praxis üblichen Verhandlungsrhythmus an", versicherte er.

Außerdem arbeite man derzeit an einem neuen Gesetz, das sich den aktuellen Gegebenheiten anpasse und flexiblere Mechanismen sowie klarere Regelungen enthalte. Diese Gesetzesvorlage befände sich in einer weit fortgeschrittenen Phase. Augenblicklich werde sie von den zuständigen Institutionen geprüft, bevor sie den Kommissionen der Asamblea Nacional (des Parlamentes) vorgelegt werde.



## US-Amerikaner spenden Medikamente

### • MÖGLICHE STÄDEPARTNERSCHAFT MIT MADISON

ENRIQUE ATIÉNZAR RIVERO  
- für Granma Internacional

• CAMAGÜEY.- US-Amerikaner übergaben hier eine umfangreiche Sendung mit Medikamenten und anderen Artikeln für den Gesundheitssektor. Sie sind zu Gast in der Provinz, um sich über die Möglichkeiten zur Gründung einer Städtepartnerschaft zwischen Madison im

US-Staat Wisconsin und Camagüey zu informieren.

Die Sendung enthält Blutdruck- und Zuckerregulatoren, Narkosemittel und Zahnarztbedarf und wurde von den zehn Besuchern, die die Delegation bilden, sowie weiteren Personen gespendet, die Mitglieder im Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Madison-Camagüey sind. Ricardo González, US-Amerikaner kubanischen Ursprungs und Gemeinderat von Madison bis Ende 1994, ist Vorsitzender dieser Initiative.

Madison liegt im mittleren Norden der USA, zwischen dem Michigan-See und dem Mississippi, hat 197.000 Einwohnern und verfügt über viele Gemeinsamkeiten mit Camagüey.

Die US-amerikanische Delegation besuchte die Medizinische Universität, das Zentrum für Genetik und Biotechnologie sowie die Brauerei Tíma. In der Leninsiedlung, außerhalb der Stadt, nahm sie an der Diskussion des Rechenschaftsberichts und der Aufstellung der Kandidaten für die Kommunalwahlen teil.

# Europäisch - nordamerikanische Solidaritätskarawane für Kuba geplant

## • V. Bundestreffen der Solidaritätsgruppen verurteilt die Blockade

• DARMSTADT, BRD - AUF dem V. Bundestreffen der Solidaritätsgruppen mit Kuba verabschiedeten die über 200 anwesenden Delegierten, die 59 mit Kuba befreundete Organisationen repräsentierten, eine Resolution, die die Regierung der Vereinigten Staaten auffordert, die Blockade gegen Kuba sofort aufzuheben, und die jeden Versuch, sie zu verschärfen, wie vom Senator Jesse Helms vorgesehen, zurückweisen.

Auf diesem Kongreß, an dem auch der Vorsitzende der Pastoren für den Frieden, Lucius Walker, und andere Repräsentanten von befreundeten europäischen Organisationen teilnahmen, wurde vereinbart, eine Solidaritätskarawane zu organisieren. Gemeinsam soll ein Schiff gechartert werden, daß in Europa verschiedene Punkte anlaufen soll, um dann Kanada anzusteuern. Anschließend soll es versuchen, in einem Hafen der USA anzulegen. Letztendlich soll das Schiff mit den bei dieser Solidaritätsaktion zusammengekommenen Hilfsgütern, Kurs auf Kuba nehmen.

Zum internationalen Tag der Solidarität mit Kuba am kommenden

10. Oktober wurde vereinbart, zur Unterstützung der Kubanischen Revolution eine zentrale Veranstaltung in der BRD zu organisieren.



ren. Ebenso sollen örtliche und regionale Veranstaltungen stattfinden, um die Blockade der Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Insel der Freiheit zu verurteilen.

Raúl Valdés Vivó, Rektor der Hochschule der Kommunistischen Partei Kubas, und speziell geladener Gast auf dieser Veranstaltung, bedankte sich am Schluß für die unzähligen Beweise der Solidarität und Unterstützung auf diesem Treffen.

## BRIEFKASTEN "Dicke" Leserbriefe

• EINE besondere Form von "Leserbriefen" erhielten wir in den letzten Wochen. Aus Essen trafen zwei Pakete ein, mit denen uns die dortige Gruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Büromaterial jeglicher Art zusandte. Kugelschreiber, Textmarker, Disketten, Faxpapier, Fachbücher und vieles andere mehr sind zur Unterstützung unserer Arbeit herzlich willkommen. Per Fax kündigten uns die Essener Compañeras und

Compañeros mittlerweile eine zweite Sendung an.

Wenige Tage später erhielten wir Besuch von Mitgliedern der Münchener Gruppe dieser Organisation. Unsere bayrischen Freunde hatten neben Kritik und Anregungen auch medizinische Fachbücher und aktuelle politische Lektüre für uns im Gepäck.

Beiden Gruppen möchten wir auf diesem Weg sowohl für die Spenden als auch für ihr Interesse an unserer Zeitung danken.

• HWR

Ja,

Ich bestelle

Zeitung aus Kuba und Lateinamerika

**Granma**  
**INTERNACIONAL**

für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM  6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungsweise  gegen Rechnung  per Bankelzug

Anschrift

Meine Bankverbindung

Name

Geldinstitut

Str./Nr.

BLZ

PLZ/Ort

Konto

Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift  
Coupon an: WCO, Granma,  
PF 66, 12414 Berlin

# Millionengeschäfte auf der 16. Tourismusmesse in Havanna

RODOLFO CASALS  
- Granma Internacional

● HAVANNA, das Symbol für Welt-offenheit und kubanische Lebensart, hat vom 29. Mai bis 2. Juni über tausend Tourismusexperten und nahezu 200 Journalisten aus 50 Ländern beherbergt, die zusammenkamen, um Verträge abzuschließen und den kubanischen Tourismus weltweit zu fördern.

Die 16. Internationale Tourismusmesse war im Unterschied zu früheren hauptsächlich technisch und kommerziell orientiert, was von den Organisatoren auch so beabsichtigt war. An den vier Tagen wurden über 1.400 Verträge, zum Teil in Millionenhöhe, abgeschlossen.

Darunter befanden sich bereits bestehende Verträge, die verlängert wurden, sowie neue Vertragsabschlüsse mit ausländischen Investoren, Reiseveranstaltern und -agenturen, sowie Fluggesellschaften.

Bedeutende Branchenvertreter aus Spanien, Mexiko, Costa Rica, Argentinien, Peru und Uruguay waren anwesend, was zeigt, wie wichtig der iberoamerikanische Markt für Kuba ist.

Der kubanische Minister für Tourismus, Osmany Cienfuegos, und der spanische Staatssekretär für Handel und Tourismus, Miguel Góngora, unterzeichneten ein Abkommen zum gemeinsamen Ausbau ihrer Beziehungen.

Beide Ministerien werden von nun an ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Erhöhung der Besucherzahlen und die Förderung der Investitionstätigkeiten richten.

Mehr als 370 kubanische und ausländische Unternehmen boten auf

der Messe ihre Dienstleistungen und Produkte an. Prämiert wurden die Stände der kubanischen Hotelkette Gran Caribe (Fünf- und Vier-Sterne-Hotels), der Gruppe Sol aus Spanien, der Fluggesellschaften Cubana de Aviación und Aerocaribbean, der Reiseagentur Cubatur und des Gaststättenbetriebes Rumbos.

Der Bürgermeister von Havanna, Conrado Martínez, dankte im Namen der Bewohner der Hauptstadt allen Beteiligten, die sich für den kubanischen Tourismus einsetzen und mit ihren Investitionen ihr Vertrauen zur Insel bezeugen.

In den nächsten fünf Jahren sollen Kunden aller Einkommensstufen gewonnen werden: von der niedrigen, bis zur höchsten, um so die Zwei-Millionen-Grenze an Besuchern zu überschreiten.

Der sogenannte Multiplikationseffekt beginnt Früchte zu tragen. Minister Cienfuegos teilte mit, daß die Geschäfte mit bereits tätigen Kapitalgebern täglich zunehmen. Ständig liefen Investitionsverhandlungen auf allen Ebenen in praktisch allen Industriezweigen und in der Landwirtschaft.

Speziell im Tourismus betragen die Einnahmen 1994 rund 850 Millionen Dollar und in diesem Jahr werden sie voraussichtlich bei einer Milliarde liegen.

Das kubanische Hotel- und GastronomieNetz wird moderner und flächendeckender. In den letzten Monaten sind wieder sieben moderne Einrichtungen mit großer Kapazität eröffnet worden, während die Infrastruktur des Flugverkehrs auf nun insgesamt sieben internationale Flughäfen erweitert worden ist, die

Die Tourismuskultur der Insel wird nicht durch Beton geprägt sein, sondern dem Naturschutz dienen



Ahmed VELAZQUEZ



Der kubanische Minister für Tourismus und der spanische Staatssekretär für Handel und Tourismus beglückwünschen sich gegenseitig nach Unterzeichnung eines wichtigen Abkommens über Zusammenarbeit, das die Beziehungen zwischen beiden Ländern festigen wird

alle die internationalen Sicherheitsvorschriften erfüllen, und auf denen z.Zt. etwa 40 Fluglinien landen.

Die Fachhochschule für Hotellerie und Tourismus, die in Zusammenarbeit mit Ländern, die auf dem Gebiet eine große Erfahrung besitzen, gegründet wurde, wird bald die ersten Diplome für Hotel-Management vergeben können.

Minister Cienfuegos informierte die Vertreter der 154 auf der Messe anwesenden Medien darüber, daß Kuba weiterhin einen ausgezeichneten Service bieten

werde. Ausschlaggebend sei dabei die Qualität. Der kubanische Tourismus wolle übertriebene Betonbauten verhindern sowie Natur und Umwelt schützen.

Die Anwesenheit des kubanischen Vizepräsidenten Carlos Lage, des Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcón, des ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Havannas, Esteban Lazo, und anderer hoher Regierungsvertreter bekräftigte das große Interesse Kubas am Tourismus.

## Kooperation Schweiz - Kuba im Tourismus

ELOY RODRÍGUEZ  
- Granma Internacional

● "WIR glauben, daß das touristische Potential Kubas sehr groß ist, aber auch, daß Hilfe aus befreundeten Ländern benötigt wird", sagte der Schweizer Botschafter in Havanna, Harold Borner, zum Abschluß des ersten internationalen Kochkurses auf der Insel, der von helvetischen Experten gegeben wurde.



Botschafter Borner übergibt den Teilnehmern des Kurses ihre Diplome.

Der Diplomat bezeichnete den einmonatigen Kurs, bei dem drei Ausbilder der Nestlé-Stiftung und der Lausanner Hotellerschule 30 junge Chefköche in die nationale

Kochkunst einführten, als den ersten Schritt touristischer Zusammenarbeit zwischen Kuba und der Schweiz.

Borner erklärte, daß die Schweiz

zur Ausbildung von Spezialisten in verschiedenen Tourismusbereichen beitragen könne, wie zum Beispiel im Hotelmanagement, bei Reiseveranstaltern und anderen Dienstleistungsunternehmen.

"Im Tourismus haben wir Erfahrung. Und wenn wir Kuba auf diesem Gebiet helfen können, so tun wir es gern."

Chefkoch José Luis Santana, Präsident des Kulinarischen Verbandes Kubas, maß der Erteilung des Kurses große Bedeutung zu: "Wir konnten mit der Erfahrung von Professoren rechnen, die innerhalb der angesehensten Gastronomieschulen im europäischen und Weltmaßstab ein besonderes Prestige genießen."

Die Überreichung der Diplome, die im Hotel Sevilla stattfand, sei der Beginn eines Programms zur Entwicklung der Kochkunst auf der größten Insel der Antillen, bestätigte Santana.

TEXT UND FOTO: ANNE-MARIE GARCÍA - Granma Internacional



● THOMAZ Soares da Silva, bekannter unter dem Namen Zinho, meint, der Fußball entwickle sich zurück, weil dort die Feigheit vorherrsche.

Zinho erzählt bewegt davon, wie die brasilianische Mannschaft damals unter seiner

Führung bei den Panamerikanischen Spielen in Mexiko-Stadt die Goldmedaille holte: "Ich brachte meinen Spielern einen total offensiven Stil bei. Wir konnten bei nur 2 Gegentoren 33 Tore auf unserem Konto verbuchen. Heute wird ein völlig anderer Fußball gespielt, er hat sich nicht weiterentwickelt, sondern zurück."

Nach Meinung des Meisters, steckt der lateinamerikanische Fußball in einer Krise: "Die Beispiele Maradona oder Romario sind nicht etwa positiv, auch wenn sie noch so viel Talent besitzen. Mir haben die Mexikaner bei der letzten Weltmeisterschaft sehr gefallen. Manche kritisierten den Trainer, aber sie lieferten ein schönes Spiel, waren angriffsfreudig, sauber, machten keine Kunststückchen. Sie stehen erst am Anfang und sollen so weitermachen".

Dieser Mann, dem man seine 74 Jahre nicht ansieht, sagt, er habe nach seiner Beinverletzung die Trainerlaufbahn aufgegeben: "Ein Trainer muß den geforderten Spielzug vormachen können, damit der Spieler ihn sehen und begreifen kann, anders geht es nicht".

Für Zinho tragen die Trainer die volle Verantwortung: "In meinem Land wenden die Trainer sogar bei den Schülermannschaften eine defensive Taktik an. Sie wollen nicht verlieren, denn sie haben Angst, ausgetauscht zu werden. Da kannst du dir vorstellen, wie es weiter oben aussieht. Aus Feigheit der Verantwortlichen ist das aktive und offensive Spiel vernachlässigt worden, bei dem man auf den Gegner zugeht, um ihm Tore zu verpassen".

# ZIZINHO Der Lehrer von Pelé

● DIE NUMMER  
10 DER  
BRASILIANISCHEN  
MANNSCHAFT  
ZWISCHEN  
1941 UND 1957  
MEINT,  
DER FUßBALL  
ENTWICKELE  
SICH  
ZURÜCK

"Bei der letzten Weltmeisterschaft beispielsweise lieferten die Brasilianer ein ziemlich gutes, wenn auch defensives Spiel. Wir brauchen aber nicht defensiv zu spielen, denn die anderen Mannschaften greifen nicht an. Was soll denn verteidigt werden? Wir müssen offensiv spielen. Ängstlich zu sein ist eine Dummheit der Trainer, ein Fehler."

**SCHLECHTE UND  
BESTECHLICHE  
SCHIEDSRICHTER**

Entschieden verurteilt der Meister Gewalttätigkeiten beim Spiel: "Das Problem der groben Fouls, besonders der von hinten, müssen die internationalen Fußballinstanzen lösen, und ich glaube, sie werden es schaffen. Um aber ehrlich zu sein, geht es vor allem darum, mit der Feigheit der Schiedsrichter



Schluß zu machen. Ein Spieler, egal wer es ist, der eine solches Foul begeht, muß sofort vom Platz. Dann ist da noch das Problem der zu kleinen Plätze, das muß anders werden. Ich bin eigentlich optimistisch und hoffe, daß sich das ändert".

Die Ernennung Pelés zum Sportminister könne dem brasilianischen und dem Fußball im allgemeinen nutzen: "Pelé ist sehr bekannt und ihm wird überall zugehört. Er ist gegen brutales Spielen, gegen Schläge, und ich glaube, er wird sich in dieser Beziehung sehr bemühen".

Fragt man Pelé nach seinem Idol: "Meister Zinho".

Er erinnert sich an eine Anekdote: Pelé und Zinho sprachen einmal mit Alfredo Di Stefano; ein argentinischer Reporter kommt hinzu und fragt letzteren: "Wen halten Sie für den besten

Fußballer, Pelé, Maradona oder Di Stefano?" Das Ex-As vom Real Madrid antwortete: "Weder Pelé, noch Maradona, noch Di Stefano, der dort ist es", und zeigte auf Zinho.

Zinho gehörte 1950 der berühmten Mannschaft des Maracanazo an, als Brasilien auf eigenem Platz vor einer Rekordzuschauerzahl von nahezu 200.000 Zuschauern 2:1 gegen Uruguay verlor: "Ich kann mich noch gut an dieses Spiel erinnern, es wurde der Maracaná-Krieg genannt, aber so war es nicht, denn unsere uruguayischen Gegner und wir waren gute Freunde. Jeder erwartete, daß Brasilien gewinnt. Der Fußball sorgt eben für Überraschungen".

**BRASIL IEN WURDE VIERMAL  
WELTMEISTER JEDOCH NIE  
OLYMPIASIEGER...ABER**

Zinho nutzte seinen Aufenthalt auf der Insel um mit Vertretern des kubanischen Fußballs zusammenzutreffen: "Ich würde gern eine so junge und neue Mannschaft wie die kubanische führen, aber ich sagte bereits, warum ich nicht mehr Trainer sein möchte. Trotzdem gab ich Reynoso, dem Fußballverantwortlichen hier, einige taktische Tips für ein offensives und modernes Spiel. Ich sprach mit ihm auch über eine brasilianische Mannschaft, die sich für die Olympiade in Atlanta vorbereitet, eine junge Mannschaft, eine sehr gute, die ein sauberes Spiel lernt. Es ist unglaublich, daß Brasilien vier Weltcups gewonnen hat und nie einen olympischen Titel. Doch warte, und Du wirst sehen... in Atlanta, wenn diese Elf soweit ist, können alle Spieler der WM-Elf, mit Ausnahme Bebets einpacken, denn diese Jungs sind sehr viel besser".

Zinho verabschiedet sich von Kuba. Er schätzt das Land sehr und möchte zum Jahresende wiederkommen: "Zum Fest der heiligen Jungfrau von Regla, und ich hoffe, daß dann alles besser aussieht, denn was mit Kuba geschieht, ist schrecklich, das ist keine Blockade oder Embargo, wie es heißt, sondern das ist Lynchjustiz gegen ein Volk, und das tut sehr weh".



RAUL LÓPEZ

## OMAR LINARES lehnt Millionenangebot der Yankees ab

● HAVANNA (ANSA).- Der kubanische Baseballspieler Omar Linares, den viele als den weltbesten Amateur ansehen, lehnte ein 1,5 Millionen Dollar - Angebot des

New Yorker National League Klubs "Yankees" ab.

"An erster Stelle stehen meine Familie und mein Land", erklärte Linares, 27, und Star der kubani-

schen Amateur - Baseball-Nationalmannschaft, die in Nicaragua 1994 Weltmeister wurde und bei den letzten Panamerikanischen Spielen die Goldmedaille holte.

Das Millionenangebot der Yankees, einer der stärksten Mannschaften der US - Profiliga, wurde ihm während der Panamerikanischen Spiele in Mar del Plata, Argentinien, im vergangenen März gemacht.

Die Nachricht machte ihre Runde in Kuba über die Sportsendungen von Radio Rebelde, einer der meistgehörten Sender der Insel.

Der Nationalspieler aus Pinar del Río gilt als der beste Baseballspieler im Lande. Er hat bereits in 12 Saisons in der Amateur - Liga seines Landes mitgewirkt.

"Ich bin mir darüber im klaren, was anderthalb Millionen Dollar bedeuten", aber "ich halte zu Fidel" (Castro), hatte Linares gesagt, wie Radio Rebelde kommentierte.

Jorge Fuentes, Trainer der Nationalmannschaft, sagte, daß solche Angebote kubanischen Peloteros schon "dutzende Male" gemacht worden seien.

"Ständig hantieren sie mit derartigen Geldsummen, aber unsere Spieler interessieren sich nicht dafür", bemerkte er.

Fuentes äußerte gegenüber dem Sender: "Angebote wie dieses wurden Linares im Laufe der Zeit immer wieder gemacht. Er hat in den letzten zehn Jahren auf ca. 40 bis 50 Millionen Dollar verzichtet."

## Stiftung des neuen lateinamerikanischen Films

## Ein außerordentliches und erfolgreiches Jahrzehnt

MIREYA CASTAÑEDA - Granma Internacional

• ALS schlicht und doch gewaltig, hatte der Nobelpreisträger Gabriel García Márquez das Hauptziel der Stiftung des neuen lateinamerikanischen Films bezeichnet, deren Präsident er ist, und die "nichts Geringeres erreichen soll, als die Integration" der Filmkunst auf diesem Kontinent.

Der angesehene kolumbianische Intellektuelle gab dieses Urteil ab, als er die Stiftung im Dezember 1986 in Havanna einweihte. Sie hat ihren Sitz im alten Landhaus Santa Barbara. In diesem Haus hatte Tomás Gutiérrez Alea den Film "Los sobrevivientes" gedreht.

Die Errichtung der Internationalen Schule für Film, Fernsehen und Video von San Antonio (1986) war nach Meinung der Generaldirektorin der Stiftung, Alquimia Peña, eine der bedeutendsten und anspruchsvollsten Initiativen der Stiftung.

Die Schule wurde bereits von dem Argentinier Fernando Birri und dem Brasilianer Orlando Senna geleitet. Gegenwärtig bekleidet der Kolumbianer Lisandro Duque dieses Amt. Mehr als 200 Studenten bekamen hier den akademischen Grad verliehen. Die Schule gilt damit als ein Zentrum der Integration, das hochqualifizierte Fachleute ausbildet. Und ein erster Spielfilm wurde ebenfalls schon gedreht: "Amores".

Neben ihren regulären Lehrveranstaltungen hält die Schule jährlich einen Workshop für Drehbuchautoren unter der Leitung von García Márquez ab. Außerdem finden Gastvorlesungen anerkannter Kapazitäten statt, die bisher unter anderem von Francis Ford Coppola, Costa Gavras oder Robert Redford gehalten wurden.

Alquimia Peña erläutert, daß die Stiftung an über einem Dutzend regionaler Projekte arbeite,

wovon eines der dringlichsten die Erhaltung von Werken der Filmgeschichte sei. Der erste Schritt war eine Untersuchung der Cinemathek von Sao Paulo.

"Die Ergebnisse waren nicht sehr ermutigend: 93 Prozent der Stummfilme und über 50 Prozent der Tonfilme sind verloren."

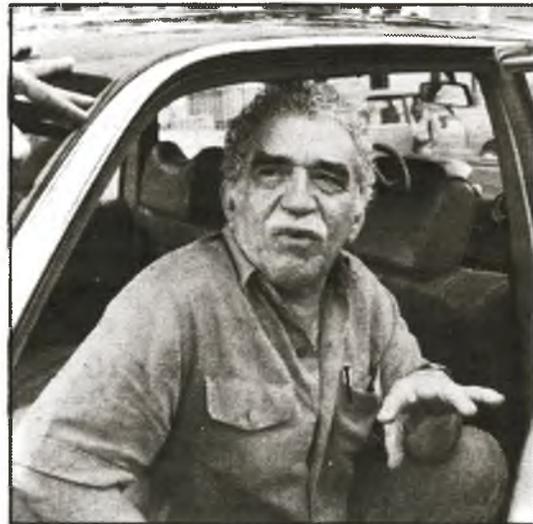
"Außerdem wurde mit Unterstützung der UNESCO ein Buch über die Filmographie des Stummfilms veröffentlicht, das für 14 Länder die Zeit von 1896 bis 1930 umfaßt. Zwei weitere Publikationen über die Periode der 30er bis 50er Jahre und die Zeit von den Sechzigern bis in die Gegenwart sind in Bearbeitung."

Auch die Workshops für Drehbuchautoren, die García Márquez seit 1988 in Mexiko durchführt, sind Teil der Arbeit der Stiftung.

Die Stiftung hat einen Wettbewerb für Drehbücher ausgeschrieben, aufgrund dessen sie über einen Bestand von etwa 200 Titeln verfügt (von Venezuela aus wurden 16 veröffentlicht). Einer der Preisträger, "Confesión a Laura" des Kolumbianers Jaime Osorio, wurde mittlerweile verfilmt.

Darüber hinaus habe man sich an der Realisation von mehr als 20 Koproduktionen beteiligt, unter ihnen "Un señor muy viejo con unas alas enormes" vom Argentinier Birri; "Lola" und "Morir en el golfo" der Mexikaner María Novarro und Alejandro Pelayo; "Que vivan los crotos" der Argentinierin Ana Poliak; "Adorables mentiras" des Kubaners Gerardo Chijona und die Fernsehserie "Amores difíciles".

Voriges Jahr entstanden die Streifen "La Reina de la noche" des Mexikaners Arturo Ripstein und "Sin compasión" des Peruaners Francisco Lombardi, während in diesem Jahr der Film "Jonás y la ballena rosada" des Bolivianers



Anne-Marie GARCIA

Juan Carlos Valdivia gedreht wurde. Im August wird der Kolumbianer Jorge Alfí Triana in Anlehnung an García Márquez "Edipo Alcalde" über den Griechen Ödipus drehen.

Im Juli dieses Jahres wird an der Madrider Complutense Universität ein Sommerkurs unter dem Titel "100 Jahre lateinamerikanischer Film" angeboten. Weiterhin findet im September ein Workshop zum Thema internationale Koproduktionen in der Schule in San Antonio statt.

Die Stiftung ist daran interessiert, in ihren Mitgliedsländern spezialisierte Kinos zu gründen, um dem Monopol der Filmverleiher entgegenzuwirken. In Havanna gibt es bereits eines davon: das Glauber Rocha.

OMAR VÁZQUEZ  
für Granma Internacional

• DIE Habanera, Teil der widersprüchlichen innigen und nostalgischen Beziehung zwischen Spanien und der Antilleninsel, beginnt vielversprechende Initiativen auszulösen. Andrés Soler Torregosa, Vizepräsident eines Vereins zur Förderung der Habaneras von Torrevieja (Alicante), äußerte gegenüber Granma Internacional, daß das Genre einen musikalischen Boom erfahren könnte, so wie es mit dem Bolero und anderen kubanischen Rhythmen geschehen ist.

Mitglieder herausragender Musikgruppen und Fachleute dieses Themas, haben sich zusammengesetzt, um das erste Museum der Habanera in Katalonien zu errichten, in dem auch offiziell die Stiftung Ernest Morató gegründet wurde. Ziel der Stiftung ist es, ein Studienzentrum für dieses Genre aufzubauen. Ihre 27 Mitglieder haben etwa 130 Partituren vom Ende des vergangenen Jahrhunderts gesammelt. Morató hatte sein Leben der Habanera gewidmet und war einer der Gründer des berühmten Festivals der Habaneras von Palafrugell.

Besonders bedeutend ist das Material, das von María Teresa Pérez Daniel, Vorsitzende der Vereinigung der Freunde der Habaneras von Castilla und des Gesangswettbewerbs der Habaneras von Mayorga sowie von María Teresa Linares, Direktorin des National-

## Zeiten für die Habanera?

museums der Musik (Kuba), zur Verfügung gestellt wurde.

Wie der Bezirksbürgermeister und Ehrenpräsident der Stiftung, Federico Suñer, erklärte, wird diese 1996 das Festival der Habaneras von Calella - das diesem katalanischen Badeort soviel Ansehen verliehen hat (es vereint immerhin mehr als 30.000 Zuschauer und wird vom Zweiten Spanischen Fernsehen übertragen) - zu Ehren seines 30. Jubiläums organisieren.

Auf dem vergangenen 16. Internationalen Festival des Neuen La-

teinamerikanischen Films von Havanna, wurden Filme gezeigt, in denen die Habanera als Musikthema auftaucht, z.B. im preisgekrönten Film "La casa de los espíritus" des Dänen Billie August, in "Días contados" von Imanol Uribe und in anderen Streifen, die zur Zeit auf internationaler Ebene gezeigt werden.

Bei dieser Menge an positiver Resonanz aus dem Ausland ist es logisch, daß sich die Leser von Granma Internacional die Frage stellen: was passiert eigentlich in Kuba mit der Habanera?

## DIE HABANERA

• LA Habanera ist nicht nur eine Frau, die in Havanna geboren wurde, sondern auch ein Genre, daß seinen Höhepunkt in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts als musikalisch-tänzerische Ausdrucksform durchlebte. Seine Strukturelemente finden wir in Musikstücken europäischer Komponisten wie Albéniz, Ravel, Bizet, Debussy und Saint-Saëns wieder.

Es hatte Einfluß auf die Entstehung lateinamerikanischer

Genres, besonders das des argentinischen Tangos. Später verschwand es als Tanz und blieb als Genre des Gesangs. Beispiel dafür ist die Habanera "Tu" des Komponisten Sanchez de Fuentes.

Die Habanera charakterisiert sich durch ihre ausdrucksvolle Melodiösität des kubanischen Ambientes, die ihr zusammen mit der harmonischen Ausgewogenheit ihres Rhythmus Lyrik und Eleganz verleiht.

• M C

Aufgemuntert vom Besuch, den eine Gruppe herausragender Autoren und Interpreten des Genres Trinidad abstattete, verschickte Marcia Febles, Bürgermeisterin dieser Stadt, die zum Kulturerbe der Menschheit gezählt wird, Einladungen an Vertreter verschiedener Regionen von Iberoamerika zum Ersten Treffen der Melodien und Habaneras, das vom kommenden 22.-24. November veranstaltet wird. Anlaß dafür ist der 481. Jahrestag der Stadtgründung durch Don Diego Velázquez.

Das Treffen in Trinidad wird eine Fortsetzung des 10. Festivals der Habaneras in Havanna sein (am 15. und 16. November), das sein zehnjähriges Bestehen besonders groß feiern wird. Andererseits hat Liuba María Hevia, eine der schönsten und individuellsten Stimmen der Insel, die erste Langspielplatte mit Habaneras für die Firma RTV Comercial aufgenommen.

In diesem Zusammenhang hat das Hotel Habana Libre Guitart inmitten der mit Salsa und Rock gesättigten Musikwelt Havannas eine Räumlichkeit eingerichtet, die der Habanera gewidmet ist: La Carolina.

Festivals, Museen, Kinos, Schallplatten bürgen für ein Genre, daß alle Voraussetzungen für den Erfolg vereint: einen Kreis internationaler Liebhaber, Anziehungskraft und wunderschöne Texte, die einfache Geschichten erzählen.

# Der Fall DAN SNOW und die "Gerechtigkeit" in den USA

ELSON CONCEPCIÓN - Granma

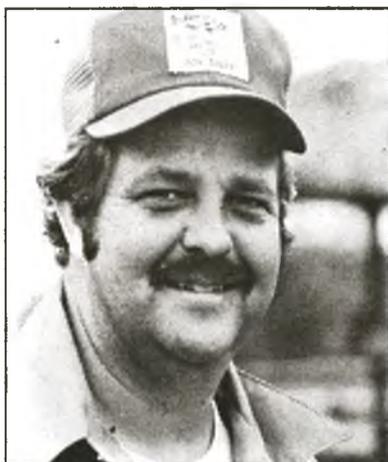
● AM vergangenen 8. Juni sah Herr Dan Snow als einzige Alternative für sich, die Vereinigten Staaten von Amerika zu verlassen und sogar seine Staatsbürgerschaft abzulegen.

Ich bekam die Information direkt von Snow, der mir die Kopie eines Briefes an den Präsidenten William Clinton zukommen ließ, in dem er einmal mehr die Strafe in Frage stellt, die ihm vor fünf Jahren auferlegt wurde, weil er das Verbrechen (!) begangen hat, nach Kuba zu reisen.

Für diejenigen, die sich nicht mehr erinnern: Dan Snow ist ein nordamerikanischer Staatsbürger, der zwischen 1977 und 1987 mehrere Reisen nach Kuba unternommen hat, um am Forellenfisch sowie an der Erforschung des Wachstums und anderer Charakteristika dieses aus Florida, USA, stammenden Fisches teilzunehmen.

Angeklagt wegen Mißachtung des Gesetzes seines Landes, das den "Handel mit dem Feind" (sprich: Kuba) regelt, wurde Dan Snow im April 1990 zu fünf Jahren Gefängnis, einer Geldstrafe von 5.300 Dollar und eintausend Stunden Arbeit in der Reinigung von Straßen und Grünflächen verurteilt.

Die Gesetzesbeugung der texanischen Justiz war aber so offensichtlich, daß die Argumente der Verteidigerin Majorie Meyers nicht widerlegt werden konnten. Dan Snows Gefängnisstrafe von fünf Jahren wurde in eine Strafe glei-



chen Zeitraumes mit Modifikationen umgewandelt: 90 Tage Gefängnis, Zahlung der auferlegten Geldstrafe, Leistung der 1.000 Stunden Arbeit und die Befolgung der Auflagen einer Freilassung unter Beobachtung für den Zeitraum von fünf Jahren. Das schließt ein regelmäßiges Erscheinen vor dem beauftragten Untersuchungsbeamten des Falles ein.

Nicht einverstanden mit dem endgültigen Urteil und der bereits verbüßten Strafe schrieb der Verklagte einen Brief an den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Albert Gore, in dem er unter anderem ersucht, "eine umfassende Untersuchung einzuleiten, die ergeben wird, daß ich Opfer eines Komplotts von Präsidenten Bush, seinem

Sohn Jeb, seinem Cousin John Walker und Ray Scott, dem Leiter seiner Wahlkampagne in Alabama, bin".

Weder dieser, noch andere Briefe und Anfragen von Herrn Snow wurden beantwortet. Aus diesem Grunde schrieb er am 23. April 1995 an Präsident Clinton: "Sie müßten wissen, daß nur eine einzige Person wegen Reisens eingesperrt wurde: Diese bin ich! Mein Verbrechen bestand darin, zum Angeln nach Kuba zu fahren und meine Kunden mitzunehmen."

Und fährt fort: "Es ist unnötig hervorzuheben, daß ich nicht mit den Gesetzen, die das Reisen nach Kuba betreffen, einverstanden bin. Ich bin auch nicht mit den Anstrengungen meiner Regierung einverstanden, dem kubanischen Volk die Beschaffung von Lebensmitteln und Medikamenten zu erschweren. Aus diesen Gründen werde ich mich eventuell gezwungen sehen, die Vereinigten Staaten zu verlassen und sogar meine Staatsbürgerschaft abzulegen, nachdem die Frist meiner Freilassung unter Auflagen am 8. Juni abgelaufen ist."

Snow schlägt ein Gespräch mit dem Präsidenten vor. "Warum? Ich bin der Meinung, daß ich ein Exempel für die jungen Leute in dieser Nation statuieren muß, damit sie nicht zulassen, daß die US-Regierung mit dem amerikanischen Volk umspringt, wie es ihr gefällt. Ich habe alles mögliche unternommen, um vor Gerichtshöfen dieses Landes (15) auf die Gesetzesverstöße der Regierung hinzuweisen, aber ohne Erfolg."

Nachdem er in allen Einzelheiten erklärt, wie er zehn Jahre lang nur Ausflüchte als Antworten erhielt und wie seine Klagen "wegen geringer Aussichten vor Gericht verhandelt zu werden, in die Schubladen

gewandert sind", bedauert er: "Ich habe Freunde in Kuba. Einige, die auf meine Rückkehr warteten, sind inzwischen verstorben. Ich würde die Verbleibenden gern einmal besuchen, nur, um ihnen einmal mehr zu zeigen, daß ich immer noch ihr Freund bin. Doch die Gesetze der USA verbieten mir das. In einigen Fällen haben Kubaner mein Leben gerettet. Wie sehr wünschte ich mir, sie zu umarmen oder ihnen die Hand reichen zu können...reise ich aber nach Kuba, erwarten mich zehn Jahre Gefängnis und 250.000 Dollar Geldstrafe."

Mit folgenden Worten beendet Dan Snow sein Schreiben an Clinton:

"Frauen und Kindern Nahrung und Medikamente zu verweigern, ähnelt den Greueln der Nazis und Faschisten. Meiner Meinung nach ist diese Art Politik einfach unmoralisch und hat in von Freundschaft und Anstand geprägten Vereinigten Staaten von Amerika keinen Platz."

"Ich würde mich sehr freuen, wenn sich die Politik der USA ändern würde. Ändert sie sich aber nicht, dann werde ich einfach gehen ..."

"Das ist das Beste, was ich in meinem Fall machen kann. Die Jugend soll erfahren, daß der erste wegen seiner Reisen Angeklagte...es aus Prinzip ablehnt, diese beschämenden Gesetze weiterhin zu akzeptieren."

Ich bin Herrn Dan Snow für diesen Brief sehr dankbar und wie er der Meinung, daß auch die kubanische Jugend und die neuen Generationen über diesen Fall in den USA informiert werden sollen, dem Land, das dort gerne als das Beispiel schlechthin für Demokratie und Achtung der Menschenrechte dargestellt wird.

Muß man da noch etwas hinzufügen?...

## BRASILIEN

# Streik und Ende des Erdölmonopols

CINO COLINA - Granma Internacional

● DAS Ende des alleinigen Rechts des brasilianischen Staates auf Erforschung, Bohrung, Förderung, Verarbeitung, Veredelung, Transport, Verteilung, Import und Export aller Kohlenwasserstoffe des Landes ist in der zweiten Hälfte dieses Jahres so gut wie sicher, falls die Mehrheit der Vollversammlung des Senats diese Verfassungsänderung beschließt.

Das Bevorstehen dieser Maßnahme, Teil des wirtschaftlichen Reformpakets, das Präsident Fernando Henrique Cardoso vergangenen Februar unterbreitete, löste einen 31 Tage währenden Streik aus, den längsten in 42 Jahren brasilianischer Erdölförderung. Er wurde als das größte Hindernis bezeichnet, das die Regierung Cardosos in ihren ersten Monaten zu überwinden hat. Das Land stand aufgrund fehlender Treibstoffversorgung kurz vor dem Zusammenbruch. Ein weiterer Streik wurde bereits beschlossen; die Gewerkschaften müssen nur noch den Zeitpunkt bestimmen.

Der Streik der Erdölarbeiter um Gehaltserhöhungen und aus Protest gegen die Abschaffung des staatlichen Ölmonopols dauerte den gesamten Monat Mai. Auf Befehl der Regierung besetzten Truppen der Streitkräfte vier Raffinerien, und 104 aktive Gewerkschafter und Funktionsträger wurden vom brasilianischen Erdölunternehmen (PETROBRAS) entlassen. Wie die Gewerkschafter erklärten, könne die Mehrzahl von ihnen nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Das ist zusätzlich zu der geplanten Verfassungsänderung ein weiterer Grund für die Entrüstung der Arbeiter.

Die politische Linke stellt sich sowohl gegen diese Maßnahmen als auch gegen die Öffnung

des Telekommunikationsmarktes für ausländische Unternehmen. Aus diesem Grund hat sie ihre Anhänger aufgerufen, sich noch strikter gegen Cardoso zu stellen, dessen Politik sie als Schädigung des historischen und strategischen Erbes bezeichnen.

Brasilien hat 150 Millionen Einwohner und erzeugt 60 Prozent des im Land verbrauchten Erdöls, der Rest wird importiert. Man schätzt, daß die momentan verfügbaren Erdölreserven für die nächsten 15 Jahre reichen werden. PETROBRAS steht an 17. Stelle der größten Erdölunternehmen in der Welt. Es ist das größte staatliche Unternehmen der südlichen Halbkugel und verfügt über die weltweit modernste Technologie bei der Förderung von Erdöl aus großen Wassertiefen. Gegenwärtig werden an 29 Stellen des brasilianischen Territoriums Probebohrungen durchgeführt, während die Förderung an acht Bohrstellen erfolgt.

Brasilien zieht Investoren aufgrund seines großen Verbrauchermarktes an. Es gehört zu den Ländern, die am meisten für den Erwerb von Rohöl und seinen Nebenprodukten ausgeben: 20 Mrd. Dollar jährlich.

Laut Agenturberichten bereiten sich die zwei brasilianischen Privatunternehmen (Maguinhos und Ipiranga in Rio de Janeiro und Rio Grande do Sul) schon darauf vor, mit PETROBRAS und anderen ausländischen Unternehmen, die ins Land kommen, zu konkurrieren. Zur Zeit arbeiten beide mit 35 Prozent ihrer Kapazität, da sie durch die Gesetzgebung, die das staatliche Monopol schützt, in ihrer Produktion beschränkt sind. Aber sie ließen bereits verlauten, daß sie ihre Erdölproduktion erhöhen werden, sobald der Senat die Änderung beschließt.

Die Opposition bewertet die Maßnahmen, die Präsident Cardoso dem Parlament vorschlägt, als neoliberal. Sie ist aber in beiden Kammern in der Minderheit. Im sogenannten Programm zur Modernisierung der brasilianischen Wirtschaft gibt es drei Pakete zur Verfassungsreform, unter denen sich die "Flexibilisierung" der Monopole im Telekommunikations- und Erdölsektor sowie die Zulassung von Privatkapital in öffentlichen Dienstleistungsbereichen wie der Stromversorgung und dem Transportwesen hervorheben.

Ebenfalls sind vorgesehen: Abschaffung aller Beschränkungen für ausländisches Kapital, Öffnung des Mineralsektors sowie der Küstenschifffahrt für ausländische Unternehmen und gesetzliche Angleichung nationaler und ausländischer Unternehmenskonzepte.

Schließlich plant der Gesetzgeber die Neustrukturierung des gesamten Steuersystems sowie das der sogenannten sozialen Fürsorge. Es soll ein Ministerium entstehen, das das gesamte Sozialversicherungssystem verwaltet und den etwa 15 Mio. Pensionären die Renten ausbezahlt.

Nach einer Umfrage des Brasilianischen Instituts für Politische Studien (IBEP) meinen 61,3 Prozent der Parlamentarier, daß zwischen den nationalen und ausländischen Unternehmen keine juristischen Unterschiede bestehen dürften, was einer Zustimmung der von Cardoso vorgeschlagenen Maßnahmepakete gleichkommt.

Außer auf Lohnforderungen bezieht sich der Streik der Erdölarbeiter vor allem auf die Forderung, nationalen Besitz zu erhalten. Ein Kampf, dem sich in den nächsten Tagen sicherlich noch weitere Sektoren anschließen werden.

CHILE

# WILDES UMSICHSCHLAGEN



• DER General im Ruhestand, Manuel Contreras, der gewohnheitsmäßig gegen die Verfassung verstieß, behauptet nun seinerseits, das Gericht mißachte seine verfassungsmäßigen Rechte. Er versucht damit, Chile zu destabilisieren und einer siebenjährigen Gefängnisstrafe zu entgehen, zu der er als Drahtzieher des Mordes vom 21. September in Washington an dem ehemaligen Außenminister, Orlando Letelier, verurteilt wurde.

"Ich werde in kein Gefängnis gehen", erklärte Contreras öffentlich nach der Verkündung des Urteils des Obersten Gerichts, welches die Entscheidung der ersten Instanz aus dem Jahre 1993 bestätigt hat. Damals wurden ihm sieben

Jahre und dem Operationsleiter des ehemaligen Geheimdienstes DINA, Brigadier Pedro Espinoza, sechs Jahre Gefängnis auferlegt. In der Praxis werden die Gefangenen aber weniger Zeit im Strafvollzug verbringen, da ihnen die Untersuchungshaft angerechnet wird.

Die Halsstarrigkeit des berühmten chilenischen Schergen verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß er diese Haltung während des gesamten Prozesses demonstrierte. Jetzt ist er über das Gericht aufgebracht und verweilt scheinbar verschanzt auf seinem Grundstück "El Viejo Roble" (Die Alte Eiche), etwa 1.000 Kilometer von Santiago de Chile entfernt. Man sagt, er werde von 80 ehemali-

gen Agenten der DINA beschützt.

Während er sich als Opfer einer Verschwörung der CIA sowie des Drucks auf die Gerichte durch "das kommunistische, sozialistische, marxistische Gesindel, das immer noch mitregiert", sieht, hüllt sich die Armee in tiefes Schweigen.

Nichts zu sagen zu haben heißt aber nicht, schweigen zu müssen. General Augusto Pinochet gab eine seiner grotesken wortreichen, aber nichtssagenden Erklärungen ab. Die Glückwünsche des Präsidenten Clinton an den Präsidenten Eduardo Frei wies er zurück, ließ aber wissen, daß er die Geschehnisse um Contreras ignorieren werde. Er fügte hinzu, daß die Bestrafung "sein persönliches Problem ist und nicht meines, auch nicht das der Armee".

Hinter all diesem Hin und Her verbirgt sich der Wunsch der Militärs und der extremen Rechten das Amnestiegesetz von 1979 (von dem der Fall Letelier auf Druck Washingtons ausgeschlossen blieb) zu verlängern, das unter dem Namen "Friedenspakt" bekannt ist.

Es liegen etwa 600 Anklagen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor, die größtenteils nach 1979 begangen wurden. Aufgrund des Amnestiegesetzes von Pinochet haben die Militärs bis heute etwa bei einem Viertel der Fälle angeordnet, die Anklage fallenzulassen.

Das Verfahren im Fall Letelier läßt nicht wenige Militärs einen möglichen Dominoeffekt befürchten, zu dem auch die Wiederaufnahme des Falles Soria (spanischer Diplomat, der 1976 ermordet wurde) zählt.

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe erwartete man den unwiderruflichen Haftbefehl des Obersten Gerichtshofes gegen Contreras und Espinoza. Der Vollstreckungstermin ist noch nicht festgelegt, womit aber in den nächsten fünfzehn Tagen gerechnet wird.

Mit diesem Urteilsspruch ist nur ein Prozeß abgeschlossen. Aber viele der Verbrechen, die während der Diktatur begangen wurden, warten weiterhin darauf, verhandelt zu werden. An nicht wenigen davon war Contreras beteiligt, wie der Retting-Report (1991) zu berichten weiß.

Die Wunden der wiederholten Menschenrechtsverletzungen bleiben offen, und es besteht auch künftig die Gefahr, daß der Versuch, sich mit wildem Umsichschlagen aus der Affäre zu ziehen, das Unrecht weiterhin schützt, das sich unter dem Deckmantel "Friedenspakt" verbirgt.

• MONTEVIDEO.- DIE 5. Konferenz des Forums von Sao Paulo, an der 65 Delegationen aus Lateinamerika und der Karibik sowie Beobachter aus aller Welt teilnahmen, verurteilt in ihrer Abschlußerklärung das neoliberale Modell für die

## FORUM VON SAO PAULO

# Die Rolle der USA als Weltgendarm wächst

Region und die verbrecherische US-Blockade gegen Kuba. Weiterhin werden darin alternative Vorschläge der Linken für die Region aufgezeigt.

Das Dokument hebt die wachsende Rolle der USA als Weltgendarm hervor, die Unipolarität der Welt im militärischen Rahmen und den Mißbrauch des UN-Sicherheitsrates um direkte militärische Interventionen zur Durchsetzung ihrer ungerechten Gesellschaftsordnung und ihres Modells, wozu ihnen jeder Vorwand recht ist und sie ihre Souveränität als die einzig gültige der Welt deklarieren.

Die Abschlußerklärung stellt fest, daß bei den allgemeinen Wahlen, die in den 14 Mitgliedsländern vom November 1993 bis Mai 1995 abgehalten wurden, die Erwartungen der 4. Konferenz von Havanna zwar nicht erfüllt wurden, die Linke aber bisher am erfolgreichsten abgeschnitten hat.

Trotz unterschiedlicher Entwicklung

stellen die linken Parteien der Mitgliedsländer des Forums von Sao Paulo immerhin mehr als 300 Abgeordnete, über 60 Senatoren, mehrere Gouverneure, Hunderte von Bürgermeistern sowie Tausende von Gemeinderäten. Insgesamt repräsentieren sie damit ein Viertel der Wählerschaft

dieser vierzehn Länder.

Damit die Linke sich weiterhin als starke Alternative darstellen kann, muß sie ihre sozialen, nationalen und demokratischen Vorstellungen für die gesellschaftlichen Sektoren zum Ausdruck bringen, heißt es in dem Text.

Zum sogenannten Amerikagipfel von Miami bemerkt das Dokument, er stelle den Höhepunkt der ersten Phase eines Prozesses dar, der darauf zielt, eine neugestaltete Form eines Systems "kollektiver Sicherheit" durchzusetzen, das sich auf ein Integrationsmodell stützt, welches die Länder der Region den USA noch stärker unterordnet und von ihnen abhängig macht.

Der Neoliberalismus habe nach der Krise von 1994 noch klarer seine Unfähigkeit bewiesen, eine Politik produktiver Investitionen zu sichern. Er gebe keine Garantie für soziale Reformen in unseren Ländern, die notwendig wären, um unseren Völkern

eine tragfähige Entwicklung zu sichern. Außerdem könne er auch nicht die nötigen Bedingungen schaffen, um unseren Integrationsprozeß als Antwort auf die Herausforderungen der neuen internationalen Lage zu initiieren.

Es wurde unterstrichen, daß die Entwicklung nicht vom Markt bestimmt werden dürfe. Ein umfassendes Konzept der Entwicklung müsse alle Mitglieder der Gesellschaft sowie die nationalen und regionalen Produktionsfaktoren mit einbeziehen. Man dürfe die Entwicklungsziele nicht nur auf den ökonomischen Bereich reduzieren, sondern auch den Umweltschutz, die kulturelle Identität Lateinamerikas und die Entwicklung der Sozialpolitik einbeziehen.

Die Abschlußerklärung ruft alle dazu auf, gemeinsam gegen das neoliberale Modell zu kämpfen, das dem Kontinent von den internationalen Finanzierungsorganisationen aufgezwungen wurde. Dazu sollen Alternativen formuliert werden, die eine wirkliche politische und wirtschaftliche Demokratie beinhalten und in denen die Völker mit allen ihren Rechten und Pflichten im Mittelpunkt stehen.

Abschließend drückt das Dokument von Sao Paulo seine Solidarität mit dem kubanischen Volk aus und verurteilt die verbrecherische US-Blockade. Es lehnt den Gesetzesentwurf Helms-Burton entschieden ab, der die Menschenrechte des kubanischen Volkes und die Normen zur Regelung der Souveränität der Staaten verletzt und der auf brutale Weise die soziale Ungerechtigkeit wiedererrichten will, indem er anstrebt, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution zu zerstören.



# Unser Amerika



**BOLIVIEN**



## Lösung auf Bestellung

• ALS der soziale Konflikt, der drei Wochen lang seinen Ausdruck in Demonstrationen und Straßenschlachten fand, theoretisch beendet war, wurde durch die Androhung starker wirtschaftlicher Sanktionen seitens der USA neue Gefahr heraufbeschworen. Die Vorstellung, wirtschaftliche Unterstützung der USA und internationaler Finanzinstitute zu verlieren, führte zu nicht geringer Empörung und Besorgnis. Letztlich aber zu Anstrengungen, 1.750 Hektar Kokafelder zu vernichten, damit die USA Boliviens Bemühungen im Antidrogenkampf anerkennen.

Der Lohnkampf, ursprünglicher Auslöser der Unruhen, wurde durch ein von Ministern und Gewerkschaftsvertretern unterzeichnetes Dokument beigelegt, wenn auch die Arbeiter unzufrieden blieben.

Das nationale Mindesteinkommen sei nur von 190 auf 205 Bolivar (43 Dollar) erhöht worden. Es liege damit weit unter der Forderung des Bolivianischen Gewerkschaftsbundes (COB), meldet IPS.

Experten meinten, daß die Regierung durch den Ausnahmezustand, der noch nicht aufgehoben sei, die Lage im Griff habe. Oscar Salar, Vorsitzender des COB, gab zu, daß man ein Dokument unterzeichnet habe, das er als "das Maximum dessen, was herauszuholen war" bezeichnete.

Der Kampf um die Löhne hat Aufruhr entfacht. Die Überlegung, die von den USA geforderten 1.750 Hektar Koka-Anbauflächen zu vernichten, hat sowohl der Regierung als auch den etwa 70.000 von dieser Maßnahme betroffenen Familien beträchtliche Kopfschmerzen bereitet.

Bei Redaktionsschluß war die Vernichtungsaktion fast vollständig abgeschlossen. Es fehlten nur noch wenige Hektar, um die Forderung zu erfüllen. Ebenfalls war von einem Papier die Rede, das sich mit der Auslieferung von Drogenhändlern befaßt, einer zusätzlichen Forderung der USA, die zur Bedingung für weitere

Kredite und Darlehen gemacht wird. Der bolivianische Innenminister, Carlos Sánchez, war nach Washington gereist, um einen Plan vorzulegen, den die Clinton-Regierung zur totalen Vernichtung der noch verbleibenden Kokablätter gefordert hatte. Dieser soll jedoch auch Maßnahmen für eine alternative Entwicklung beinhalten.

Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada soll die Entscheidung bekannt gegeben haben, die nordamerikanischen Forderungen wie gewünscht zu erfüllen. Bolivien sei nicht in der Lage, einer internationalen Wirtschaftsblockade standzuhalten, die es zu ertragen hätte, würde man nicht auf die Forderungen eingehen, berichtet PL. Ein durch den Mandatsträger vorgelegter langfristiger Plan sieht die Vernichtung von 5.400 Hektar Kokafeld bis zum kommenden Dezember vor.

Evo Morales, Sprecher der Kokapflanzer, verurteilte das Einschleppen einer Kultur kokafressender Würmer in das Gebiet von Chapare durch die USA und warnte vor Vergeltungsmaßnahmen durch die örtlichen Pflanzler, falls sich Beweise für diese Maßnahme fänden. Gleichzeitig wurde die Entsendung von drei Bataillonen der bolivianischen Armee in diese Region bekannt, die das hochgesteckte Ziel garantieren sollen.

Die Wiederherstellung der Allianz zwischen dem Präsidenten Sánchez und der Bürgerunion für Solidarität (Unión Cívica Solidaridad), die vergangenen Oktober auseinanderbrach, verhalf dem Mandatsträger zu mehr Rückendeckung, auch wenn die Opposition die Bindungen zwischen beiden Parteien als wackelig bezeichnet. Man spricht von internen

Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition, die von der Nationalistischen Revolutionären Bewegung des Präsidenten Sánchez geführt wird.

**DOMINIKANISCHE REPUBLIK**

## Aufdringliche Botschafterin



• SIE möge sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Dominikanischen Republik einmischen, forderte der Kardinal Nicolás de Jesús López Rodríguez von der Botschafterin der USA, Jean Hrinak, wegen ihrer Erklärungen über die Wahlen in diesem Staat.

Kein Land, so groß und mächtig es auch sei, sei ausreichend tu-

gendhaft, um sich zum Lehrmeister eines anderen zu machen, äußerte der Prälat zum Abschluß einer in Santo Domingo abgehaltenen Messe.

Die Botschafterin beharrte auf der Notwendigkeit, den im vergangenen Jahr, von den wichtigsten politischen dominikanischen Organisationen unterzeichnete Pakt zur Demokratisierung zu erfüllen.

**VENEZUELA**

## Proteste gegen Verbrechen



• IN friedlich verlaufenden Protesten forderte die Bevölkerung einschneidende Maßnahmen der Regierung gegen die zum Alltag gewordenen Verbrechen, von denen Caracas heimgesucht wird und wo an jedem Wochenende etwa 30 Menschen gewaltsam sterben.

Nach verschiedenen Meinungsumfragen, ist die Sicherheit in der Stadt die Hauptsorge, die noch vor der Verteuerung des Lebens und der Arbeitslosigkeit rangiert.

Der Gouverneur von Caracas, Asdrúbal Aguiar, bestätigte, daß die Kriminellen den Bürgern die Ausgangssperre gebracht hätten, da es an 15.000 Polizisten fehlte.

Im Jahr 1994 ereigneten sich täglich durchschnittlich 13 Morde, 122 Straftaten gegen Personen, bei denen mindestens 90 verletzt wurden und 505 Eigentumsdelikte.

Die Tageszeitung El Universal veröffentlichte einen Aufruf an Eltern und Jugendliche, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die das Tragen supermoderner Sportschuhe (die bis zu 170 Dollar kosten können) mit sich bringen kann. Seit Anfang des Jahres wurden mehr als 150 Personen ermordet, um ihnen das Schuhwerk zu stehlen.



**ECUADOR**

## Kindersklaverei

• WIE Sklaven arbeiteten fünf Indio-Kinder auf einer ecuadorianischen Hazienda, wo sie harter körperlicher Arbeit ohne Entlohnung ausgesetzt waren.

Nach Berichten der Tageszeitung El Sol wurden die Kinder auf ein Landgut in Latacunga, 96 km südlich von Quito, gebracht und zu Sklavenarbeit gezwungen. Bekannt wurde dies durch die Flucht des Jungen Mariano Masabanda aus der Gemeinde Patalo, der die örtliche Polizei um Hilfe bat und aussagte, er und seine Freunde verrichteten seit etwa zwei Jahren Feldarbeit, für die sie Essen und schlechte, gebrauchte Kleidung bekämen.

Der politische Verantwortliche von Latacunga, Marcelo Bolaños, erklärte der Zeitung, die Siedler hätten von ähnlichen Vorfällen berichtet, "wodurch nicht ausgeschlossen werden könne, daß sich auch andere, aus Städten und Dörfern verschwundene Kinder, in einer ähnlichen Situation befinden könnten".

S

GABRIEL MOLINA  
- Granma Internacional

EHR karibisch und wie es ihrer Tradition entspricht, feierte die Bevölkerung Santiagos die Verleihung des Goldenen Apfels durch die Internationale Föderation der Tourismusjournalisten (FIJET) mit einer für die Region typischen Conga auf dem Céspedes Platz.

Der bebende Rhythmus der Trommeln und die ansteckenden Klänge des chinesischen Horns krönten das Spektakel. Die Einwohner Santiagos sprangen unter den nachsichtigen Blicken der Ordnungshüter über die lange Bank, die den Platz umgibt und folgten der Musikgruppe, in deren Gesang sie mit einstimmten: "Que bueno, que bueno es, el paso del Cocuyé!"

Die anwesenden Mitglieder des Exekutivorgans der FIJET steckte der Rhythmus der Santiageros an.

"Das ist einmalig! Ist unglaublich!" äußerte der Tunesier Tijani Haddad, Vorsitzender der FIJET.

Miguel Angel García Brera, Vorsitzender der spanischen Tourismusjournalisten, sagte anschließend zu Granma Internacional, daß es ganz normal sei, die Verleihung in einem offiziellen Akt zu feiern, "aber wie ich weiß, hat sich die Bevölkerung in anderen Städten nicht an diesen Veranstaltungen beteiligt. Es war interessant und überraschend. Möglicherweise werden wir in Zukunft ähnliches vorschlagen."

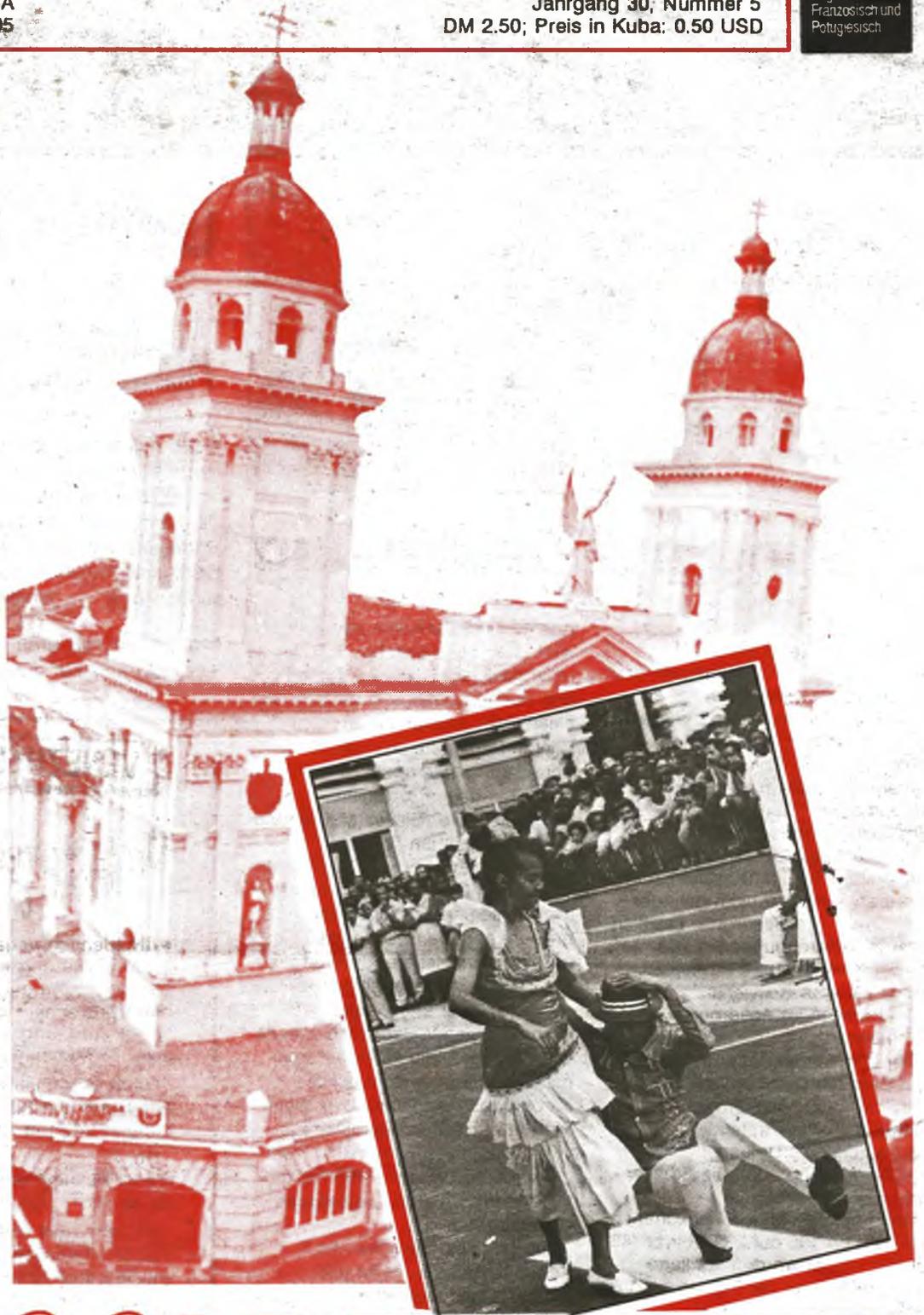
In der Tat gab es auch hier vorher eine offizielle Feier bei der Haddad, Carmen Camiñas, Vorsitzende des Verbandes der Tourismusjournalisten Kubas und Luis Estruch, Bürgermeister von Santiago sprachen. Aber auch diese Veranstaltung hatte etwas Besonderes. Die Ehrenwachen, die die Fahnen trugen, wurden von der Melodie *A Santiago* begrüßt und mit *Lupita* verabschiedet, beides Musikstücke von Juan Almeida. Er ist eine der drei großen Persönlichkeiten der Kubanischen Revolution, deren Bild im Salon des Rathauses neben denen von Fidel und Raul hängt. Die drei sind Abgeordnete der Nationalversammlung für Santiago.

Im Rathaus und bei anderen Gelegenheiten unterhielten sich die Repräsentanten der FIJET mit dem höchsten Vertreter der Provinz, Juan Carlos Robinson, dem ersten Sekretär der Partei.

Sie lernten das Typischste von Santiago kennen. Sie besichtigten im Rahmen eines ausgedehnten Programmes u.a. den Friedhof Santa Ifigenia mit dem Mausoleum für José Martí sowie das eindrucksvolle Denkmal Antonio Maceos auf dem Platz der Revolution mit seinen 23 Macheten, welche die 23 Generäle Santiagos symbolisieren, die in den Unabhängigkeitskriegen kämpften. Weiterhin gab es einen Besuch im Cabaret Tropicana, das sich hier in Santiago ebenfalls unter freiem Himmel befindet. Und von der historischen Anhöhe San Juan aus betrachteten sie die mehr als 30 km lange Ausdehnung des Baconao - Parks mit den attraktiven Touristenzentren Daiquirí und Los Corales.

Eine kleine Gruppe von zwei ausländischen und einem kubanischen Journalisten, die schon vorzeitig nach Havanna zurückkehrte, erlebte schließlich ein Beispiel dafür, wie differenziert einige Tourismusangestellte Kubaner behandeln. Die Reiseleiterin der Kette "Fantástico" brachte sie zum Hotel Comodoro. Es bedeutete allerdings zu viel Aufwand für sie, ihren Landsmann, der auch zur Teilnehmergruppe der Veranstaltung zur Verleihung des Goldenen Apfels gehörte, die sie betreute, zur nahegelegenen 40. Straße zu bringen. "Wir fahren in die entgegengesetzte Richtung", bemerkte sie lakonisch.

Die menschliche Wärme, die wir im Hotel Santiago erfahren hatten, war da etwas völlig Anderes.



GOLD

FÜR

SANTIAGO

